

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1907 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 20. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Grillenberger

Dienstag, den 19. Oktober.

Ein schwerer Verlust hat die Sozialdemokratie getroffen; einer unserer tapfersten und mannhaftesten Vorkämpfer, der seit dreißig Jahren in den vordersten Reihen steht: Karl Grillenberger ist heute — Dienstag — Abend 6 Uhr 35 Minuten, an den Folgen eines Schlaganfalls, der ihn nach einer Rede in der bayerischen Kammer gegen Mittag traf, im Krankenhaus von München, wohin er sofort gebracht wurde, gestorben. Zum Bewußtsein kam er nicht mehr. Er hat also den schönsten Tod gehabt — „den Tod auf dem Schlachtfeld der Pflicht, mitten in Bethätigung der höchsten Lebenskraft vom Tod weggemäht.“

Was Grillenberger war? Wer kennt ihn nicht, diesen naturwüchsig, kraftstrotzenden Reden, dessen Hiebe so wichtig auf den Feind niederfielen und niemals ihr Ziel verfehlten? Der immer gerade aufs Ziel losging, sich durch nichts ablenken ließ, immer den Kern der Sache erfaßte? Wer kennt ihn nicht? Unter den Rednern unserer Partei: in der Agitation, auf den Parteitagungen, im Reichstag, in den Landtagen war keiner eindrucksvoller und wirkungsvoller. Durch Mütterwitz, Humor, Schlagfertigkeit, leichtem Redefuß und ein prächtiges, mächtiges Organ, war er ohne Frage der beste Volksredner, den die deutsche Sozialdemokratie hervorgebracht hat. Aber auch seine Parlamentsreden gehören zu den besten, welche die Partei aufzuweisen hat.

Und dabei war er ein Mann der That — lug und lähn. Unter dem Sozialistengesetz hat er hundertmal seine Freiheit, seine Existenz aufs Spiel gesetzt. Der Sinn für Gefahr fehlte bei Grillenberger. Und wenn er, namentlich in neuerer Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten sich auf Seiten der sogenannten gemäßigteren Elemente in der Partei zu neigen schien, so war er in seinem ganzen Sein eine durch und durch revolutionäre Natur.

Und er war ein Organisator, wie wir einen besseren nicht gehabt haben und nicht haben. Selbst Arbeiter, wurde er in frühesten Jugend auf die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hingewiesen, und auf diesem Gebiet hat er Großes, hat er Unvergängliches geleistet.

Gleich allen Kraftnaturen war er mitunter ungerecht, allein, ward er überzeugt, daß er im Unrecht war, so schlug sein Gefühl auch blitzschnell um.

Grillenberger's Leben hier zu erzählen, fehlt uns der Raum. Grillenberger's Leben erzählen heißt die Geschichte der Partei erzählen. Seit seinem 23. Jahre, d. h. seit Anfang der 70er Jahre, steht er in der Sozialdemokratie, und wächst mit der Sozialdemokratie — stets kämpfend und stets Lernend.

Dem dieser „Schlossergeselle“ mit dem Riesenkörper und den Cyclopedarmen hatte einen gewaltigen Wissensdurst und einen gar hellen, für alles Wissen „offenen“ Kopf. Grillenberger ist einer der wenigen deutschen Arbeiter, die fehlerlos — in Grammatik und Stil — deutsch schreiben gelernt haben. Die Erinnerungen aus seinem Handwerksburschen-Leben, die er soeben im „Wahren Jakob“ zu veröffentlichen begann, sind Meisterstücke des Stils.

Dah in Deutschland der Schwundelhafer des Anarchismus nicht unter den sozialdemokratischen Weisen gefaßt ward — an Versuchen hat's wahrlich, weiß Puttkamer! nicht gefaßt, — ist wesentlich das Verdienst Grillenberger's, der in politischen Dingen einen wunderbaren Takt hatte, und zu den fleißigsten Begründern jener Partei-Taktik zählt, die sich in unseren ununterbrochenen Kämpfen so glänzend bewährt hat.

Eine Kampfnatur, hat Grillenberger sein Leben lang gekämpft und ist er im Kampf gestorben.

Seine vorletzte Rede galt dem Unfug der jüngsten Trunkmandover, und seine letzten Worte sprach er für die Erweiterung der Volksrechte.

Bei den nächsten Wahlen werden seine letzten Worte von den Arbeitermassen Deutschlands als letzter Wille Grillenberger's der Verwirklichung näher gefaßt werden.

Gegen den Militarismus zu Wasser und zu Lande, für die Ausdehnung der Volksrechte! Der Schlachtruf wird Millionen begeistern.

Du bist todt, treuer Freund und Vorkämpfer! Wir werden Dich nicht vergessen! Und die Millionen deutscher Arbeiter, die Du zum Klassenbewußtsein und zur politischen Mündigkeit hast heranziehen helfen, sie werden im Andenken an Dich mit verdoppelter Kraft an der Vollendung des Baus arbeiten, dem Dein Leben gewidmet war!

Du bist todt, treuer Freund, doch Du lebst in unseren Herzen, und Du lebst in Deinem Werk. In der Naheshalle des internationalen Proletariats glänzt unverlöschlich der Name

Karl Grillenberger.

Die Sozialdemokratie im Nothen Haus.

Seit einigen Wochen beschäftigt sich die Berliner Stadtverordneten-Versammlung mit sozialdemokratischen Anträgen, die bestimmt sind, eine vernünftiger und gerechtere Behandlung wichtiger Gebiete der städtischen Verwaltung herbeizuführen. Die Herren vom Freisinn — unumschränkte Herrscher im Nothen Haus — drücken und wünden sich unter allerlei Verlegenheits-, oder sagen wir richtiger Verlogenheitsphrasen um die unbehaglichen Anträge herum, versuchen der Diskussion durch wahrhaft kindische Manipulationen Hindernisse zu bereiten und werden hierin vom Magistratsklub nach Kräften unterstützt. Die sozialdemokratischen Anträge verlangen Fürsorge für die städtischen Arbeiter, welche nach langjähriger Dienstzeit arbeits- und erwerbsunfähig werden, durch Errichtung einer Pensionskasse. Ferner fordern unsere Genossen, daß für sämtliche direkt oder indirekt von der Stadt beschäftigten Arbeiter durch Kranken- und Unfallversicherung Fürsorge getroffen wird. Außerdem soll ein Ortsstatut gemäß § 120 Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung erlassen werden, durch welches den männlichen Arbeitern unter 18 Jahren die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule auferlegt wird. Auf das Gebiet der städtischen Krankenpflege übergehend beantragen die Arbeitervertreter in der Gemeinde die Vermehrung der Heimstätten für Brustkranke, sowie die Errichtung einer Heilanstalt für Tuberkulose beiderlei Geschlechts.

Der Gemeindefschule sind ebenfalls einige Anträge gewidmet. Es wird beantragt unentgeltliche Verabfolgung der Lehrmittel, Erhebungen über die Zahl der ohne Frühstück zum Unterricht kommenden Schüler, Aufstellung von Schulärzten, sowie der Erlass einer Polizeiverordnung, durch welche gewerbliche Beschäftigung von Schulkindern vor Beginn der Schulzeit (Ausstragen von Milch, Backwaren, Zeitungen) verboten wird. Endlich sollen Beratungen stattfinden, welche Einrichtungen zu treffen sind, um die Beseitigung der sogenannten fliegenden Klassen und die Herabsetzung der Maximal-Schülerzahl für die einzelnen Klassen (jetzt 70) herbeizuführen, über Einführung des achtklassigen (jetzt sechs-klassigen) Gemeinde-Schulsystems, sowie darüber, ob zu gunsten einer besseren Ausbildung geistig zurückgebliebener Schulkinder Hülfs- oder Sonderschulklassen einzurichten sind.

Nebenher wurden zwei Anfragen von unseren Genossen an den Magistrat gerichtet, welche über Art und Umfang der Kinderarbeit auf den städtischen Mieselgütern, sowie darüber Auskunft verlangen, ob einem Baumunternehmer seitens der städtischen Verwaltung aus Anlaß eines Arbeiterausflandes eine Verlängerung der Baufristen zugesprochen ist.

Dies die sozialdemokratischen Anträge; und nun einige

Ausführungen über die Aufnahme, welcher dieselben sich in der Stadtverordneten-Versammlung zu erfreuen hatten.

Um mit der Kinderarbeit zu beginnen, so müssen wir konstatieren, daß vor den Thoren Berlins Zustände existieren, wie es schlimmer nicht in den Gefilden des ostelbischen Schnaps- und Krantjunker-Paradieses getrieben werden kann. Die soziale Fürsorge, welche der freisinnige Magistrat von Berlin für die schulpflichtigen Kinder seiner Tagelöhner entfaltet, gipfelt in der Bestimmung, daß „ausgeschlossen Kinder über 11 Jahre und jüngere ausnahmsweise nur dann, wenn sie in ihrer körperlichen Entwicklung den älteren Altersklassen gleichwerthig sind, fernhin der Regel nach nicht beschäftigt werden sollen über die Dauer von fünf Stunden hinaus.“ Es handelt sich um die mit etwa 20 Pf. pro Tag entlohnte Feldarbeit von Kindern, die vormittags 4—5 Stunden in der Schule sitzen und sich nachmittags noch 5 Stunden im Dienste der städtischen Verwaltung abrackern müssen, um den Eltern ein paar Pfennige zu verdienen. Und auf die berechnete Entlohnung unserer Genossen über die Ausbeutung der Arbeitskraft widerstandsunfähiger Schulkinder, findet die freisinnige Majorität der Stadtverordneten keine andere Antwort, als daß sie den Magistratsvertretern zuzubilligen, die, gleich Herrn Spinola, das Recht der Eltern, ihre Kinder gewerblich auszubenten, proklamirten. Wahrlich ein netter Freisinn, der den Kindern des Bürgerthums die goldene Jugendzeit sichert — die Kinder der Arbeiter aber kaltherzig dem Moloch Kapitalismus vorwirft, unbekümmert darum, ob die Kinder dabei zu Grunde gehen — Menschenfleisch ist ja billig.

Wie mit den Kindern, so mit den Alten. Der Antrag auf Errichtung einer Pensionskasse für die städtischen Arbeiter wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Vergeblich war der Hinweis auf das Ausland und auf andere Städte des Reiches. Vergeblich die Vorführung des von Frankfurt a. M. und Stuttgart gegebenen Beispiels. Vergeblich der Nachweis, daß die Reichshauptstadt in bezug auf die soziale Fürsorge für ihre Arbeiter weit weit hinter viel weniger finanzkräftigen Städten zurücksteht — es nützte alles nichts, im Namen und unter Anrufen seines Heiligen Sankt Manchester lehnt der Berliner Kommunal-Freisinn jede Sicherstellung alter erwerbsunfähiger Arbeiter ab, um das „freie Spiel der Kräfte“ nicht zu stören.

Die unentgeltliche Vergabe der Lehrmittel hat man ebenfalls durch Tagesordnung zu erledigen beliebt. Warum? In der Befürchtung, daß Mißbrauch damit getrieben wird, und namentlich ans der zarten Fürsorge, die wohlhabenden gutstuitierten Eltern, deren Kinder die Gemeindefschule besuchen, nicht durch kostenlose Vergabe der Lehrmittel zu beleidigen. Die naiven Seelen im Stadtverordneten-Saal! Ein unentgeltliches Lehrbuch vereint sich nicht mit der Ehre des Bürgers — aber der unentgeltliche Unterricht, den kann die Freisinnlehre vertragen. Abgesehen wurden auch die beantragten Erhebungen über die Zahl der ohne Frühstück zum Unterricht kommenden Schüler. Hierbei war

es der erste Leiter des Gemeindefschulwesens, der es mit der Erhaltung der Familie für unvereinbar erklärte, die Schüler danach zu fragen, ob sie Frühstück bekommen haben. Es ist ungläublich, zu welchen Thorheiten die blöde Furcht vor dem Sozialismus die herrschenden und besitzenden Klassen treibt. Geben wir den hungernden Schulkindern von Stadt wegen Frühstück, so führen wir den Kommunismus ein.“ Mit solchen Mitteln arbeitet der Herr Geheimrath Vertram und das Berliner Philistertum freut sich, daß die Pflege des höchsten Gutes, der Schulkinder, den Händen eines so weisichtigen Mannes anvertraut ist. Aufstellung von Schulärzten! Hochgradige Entrüstung auf Magistratsklub. Herr Vertram, dieses Mal unterstützt von seinem medizinischen Kollegen Stadtrath Dr. Strahmann, bekämpft auch hier wieder den sozialdemokratischen Antrag, dessen Annahme nach Meinung dieser Vorkämpfer des Liberalismus zur Aushebung der Familie führen würde. Untersuchung der Kinder durch Schulärzte sei ungerechtfertigter Zwang, bedeute einen Eingriff in die Rechte der Eltern und wie die schönen Redensarten sonst noch lauteten. Daß mit solchen Grundsätzen alle Schulhygiene zum Teufel geht, daß Schulzwang, Inpfszwang, Vorschriften bei Epidemien, ärztliche Untersuchung beim Eintritt in das Militär — kurz all' und jede gesellschaftliche Schutzeinrichtung preisgegeben werden — das sehen die vom Beifall der liberalen Stadtväter umstossten Vertreter der heutigen gesundheitschäblichen Berliner Schuleinrichtungen natürlich nicht ein; es reicht für diese Sorte Sozialpolitiker hin, daß Sozialdemokraten etwas beantragen, um sofort den Kampf dagegen aufzunehmen. Daß der Magistrat für seine Haltung in diesen Fragen sich des lebhaftesten Beifalls der „Kreuz-Zeitung“ erfreut, ist zwar hart, aber nur gerecht, denn die verkommenste Junfergesellschaft kann nicht reaktionärer Ansichten in Fragen der Schulhygiene haben, als sie im Nothen Hause zum Besten gegeben wurden.

In der Stadtverordneten-Versammlung fand sich immerhin etwas mehr Verständnis für die schulhygienischen Aufgaben der Gemeindevorsetzung. Man überwies diesen Antrag einem Ausschuss zur Vorberatung. Die Beratung der übrigen Anträge — mit Ausnahme des auf bessere Verforgung der Lungenkranken gerichteten, der ebenfalls an einen Ausschuss verwiesen ist — steht noch aus, und wir wollen abwarten, wie sich unsere Freisinnshelden damit abfinden werden.

Viel Gutes ist dabei nach den Verhandlungen der letzten beiden Versammlungen gewiß nicht zu erwarten, denn Eigensinn und Rechthaberei werden zweifellos auch bei den übrigen Anträgen jeden gesunden Fortschritt, jede dem arbeitenden Volk zu gute kommende Entwicklung zu verhindern suchen. Die bisherigen Verhandlungen haben aufs neue gezeigt, daß bei dem Freisinn weder Verständnis für die sozialen Aufgaben zu finden, noch der Wille vorhanden ist, die sozialen Nothstände in der kommunalen Verwaltung zu beseitigen. Anstatt anregend und vorbildlich zu wirken, durch eine vernünftige, dem Arbeiterschutz gewidmete kommunale Fürsorge die städti-

sehen Vertriebe zu Musterwerkstätten zu machen, macht man die städtischen Werke einzig und allein den kapitalistischen Interessen dienstbar und läßt sich in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen vielfach von einsichtigen und humanen Privatunternehmern überlagern. Während die Stadt als größte Arbeitgeberin es in der Hand hat, bei Vergabung städtischer Arbeiten den Unternehmern anständige Arbeitsbedingungen für die von ihnen beschäftigten Arbeiter aufzulegen, herrscht in den städtischen Verwaltungen ein unruhlicher Wettstreit, dem obersten Manchestertum die Wege zu ebnen, und alle Bemühungen der Sozialdemokraten, hierin Wandel zu schaffen, werden abgewiesen, nicht etwa weil ihre Forderungen ungerecht oder unerfüllbar sind, nein, weil die freisinnige Gemeindeverwaltung dem kapitalistischen Ausbeutungstrieb des Unternehmertums keine Schranke ziehen will. Die frische, gesunde Entwicklung des Gemeindefortschritts wird hintenangehalten, die Schulhygiene gräßlich vernachlässigt, das körperliche und geistige Wachstum der Gemeindeführer nicht genügend gefördert, einzig und allein aus dem aller Vernunft ins Gesicht schlagenden Grundsatze, daß die Gemeindeverwaltung, auch da, wo es dringend notwendig ist, nicht in die Rechte der Familie eingreifen darf. Als ob die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gerade die Familie ruinieren und es der Arbeiterklasse sehr oft unmöglich machen, Elternpflichten zu erfüllen. Welch ein Hohn ist es, hungernde Schulkinder nicht zu sättigen, die Schuljugend nicht vor Krankheiten zu schützen, nur damit der Familie, den Eltern, kein sogenanntes Recht entzogen wird. Aber Hunger und Krankheit haben dank unserer famosen kapitalistischen Wirtschaftsordnung keine Ehrfurcht vor der Familie. Die Eltern können vielfach ihre Ernährungs- und Erziehungspflicht wegen wirtschaftlicher Nothstände nicht erfüllen, und trotzdem soll die Gesamtheit nicht das Recht haben, einzugreifen und die Verelendung der Kinder aufzuhalten. So will es der im Rathhause der ersten Kommune Deutschlands herrschende Freisinn haben. Die gewerbliche Arbeit schulpflichtiger Kinder — ein Schandstück unserer modernen Industrie — deren Verbot alles, was den geringsten Anspruch auf Kultur macht, befristet, läßt die freisinnige Stadtverwaltung auf ihren landwirtschaftlichen Betrieben ruhig zu und ergießt über die wirtschaftliche Nothlage der neben ihrer Schulpflichtigkeit zu fünfständiger Probnarbeit gezwungenen Kinder noch den ägenden Spott, daß solche Arbeit den Kindern sehr gesund sei und erzieherisch nützlich wirke. Und das nennt sich Freisinn und will eine Volkspartei sein!

Die Verachtung der sozialdemokratischen Anträge in der Stadtverordneten-Versammlung hat das wahre Antlitz des reichshauptstädtischen Freisinns enthüllt und seine von kapitalistischen Interessen geleitete Arbeiter- und volkfeindliche Kommunalpolitik bewiesen. Die Herren sind wieder einmal auf die Probe gestellt worden und statt praktischer volkfreundlichen Handelns haben sie nur hohles Gerede, statt Brot nur Steine gehabt. Wird die Arbeiterklasse die Konsequenzen hieraus ziehen und, soweit sie die Macht hat, das Rothe Haus von diesen Elementen säubern? Wir wollen es hoffen und wünschen, daß der Tag der Abrechnung nicht mehr fern ist. —

Politische Uebersicht.

Berlin, 19. Oktober.
 — Herr Marschall v. Bieberstein, der frühere Staatssekretär des Innern, soll, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, als Nachfolger des nach Rom versetzten Freiherrn v. Saurma-Jelitsch zum Botschafter in Konstantinopel ernannt worden sein. Da die Türkei nicht zu den Staaten gehört, die nach Deutschland landwirtschaftliche Produkte in erheblichem Maße exportieren, dürfte diese Witztheilung die Agrarier nicht allzufehr beunruhigen.

— Ein Gesetzentwurf über die Einführung des Arbeiterrechtes in der Provinz Westfalen soll dem Abgeordnetenhause in der kommenden Session zugehen. Angeregt worden soll dieser Gesetzentwurf durch den Beschluß des westfälischen Provinziallandtages, der sich dafür vor längerer Zeit einstimmig ausgesprochen hat. —

— In der Novelle zur Zivilprozessordnung soll der Kreis der Gegenstände eine Erweiterung erfahren, welche zum Leben notwendig von der Pfändung ausgeschlossen sein sollen. —

— Die erneute Diskussion der Diätenfrage, die vom „Volk“ begonnen wurde, hat eine bemerkenswerthe Witztheilung der „Kreuzzeitung“ und einen ganz niedlichen Streit im konservativen Lager gezeitigt. Das „Volk“ hatte behauptet, die konservative Partei sei in ihrer Mehrheit gar nicht gegen Diäten, aber sie habe sich nicht in scharfen Widerspruch zur Regierung setzen wollen. Demgegenüber, sagt die „Kreuzzeitung“, stellen wir fest, daß die Regierung vor gar nicht langer Zeit auf dem Wege war, den freisinnigen Diätenantrag zu akzeptieren, daß dies aber infolge energischer Widerspruchs von konservativer Seite unterblieben ist.

Ein recht interessantes Bekenntnis. Das würde zeigen, wie groß die Macht der verhältnismäßig kleinen konservativen Fraktion des Reichstages gegenüber der Regierung ist. Die große Mehrheit des Reichstages beschließt, die Regierung befindet den Beschluß für richtig, aber die um Mantuffel und Kanig fallen der Regierung in den Arm und schlaff sinkt dieser Arm herab.

Doch auch die Konservativen wollen mit sich reden lassen bezüglich der Einführung von Diäten. Benachteiligt die „Kreuzzeitung“ ist nicht sehr abgeneigt, aber sie stellt ihre Bedingungen:

Gleichwohl glauben wir, daß die konservativen Partei der Einführung von Tagelohnen zustimmen würde, wenn dafür anderweitige Kompensationen gewährt werden könnten. Als solche sind bisher schon folgende ins Auge gefaßt worden: Heraushebung der Wahlmündigkeit bis nach Vollendung des dreißigsten Lebensjahres, Einführung des Wahlgewanges, Bestimmung, daß Abgeordnete nur in denjenigen Wahlkreise wählbar sind, wo sie ihren Wohnsitz haben, Abschaffung der Stichwahlen und Beseitigung der Doppelkandidaturen. Eine oder die andere dieser Kompensationen, vorzüglich aber die Heraushebung der Wahlmündigkeit, wird gefordert werden müssen, um das durch die Diäteneinführung alterierte Gleichgewicht wieder herzustellen.

Die „Oden“ von der „Kreuzzeitung“ verstehen sich ganz nett auf Schacher und Heischen. Für eine schwere Beeinträchtigung des Wahlrechts wollen sie so gnädig sein, für Diäten zu stimmen. Die „Kreuzzeitung“ rechnet aus, daß durch Einführung der Tagelöhner der Sozialdemokratie ein jährliches Geschenk von 40 000 M. gemacht werden würde. So was gibt man nicht umsonst! Nun, die Sozialdemokratie steht, wie genugsam bekannt, der Diätenfrage recht feind gegenüber. Sache der Konservativen ist es, sich gegen die Vorwürfe zu schützen, die immer zahlreicher aus ihren Anhängerkreisen wider sie erhoben werden, daß sie durch Verweigerung der Diäten Männer aus dem weniger bemittelten Mittelstand an der Kandidatur verhindern und nur reichen Großgrundbesitzern und Beamten den Zugang in die konservativen Reichstagsfraktion verschaffen.

Nun gibt es aber auch Leute, denen der Kaufpreis, den die „Kreuzzeitung“ stellt, noch zu niedrig ist. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das „Wilmersdorfer-Blatt“ sind gar nicht einverstanden mit den Schacherbedingungen der Kollegin:

„Der Wilsersdorfer der „Kreuzzeitung“ gegen die Diätenbewilligung ist so lau, daß man auf den Gedanken gerathen könnte, die Konservativen wären nicht abgeneigt, um ein Linsengericht den Artikel 22 der Reichsverfassung preiszugeben. Die Heraushebung der Wahlmündigkeit“ wäre beispielsweise nach unfernen Ansehlichkeiten nicht entfernt eine ausreichende Kompensation für die Aufhebung der Diätenlosigkeit. Letztere bildet ein so bedeutungsvolles Gegengewicht den mit dem allgemeinen Wahlrecht verknüpften demokratischen Einflüssen gegenüber, daß die Beseitigung derselben gar nicht ernst genug benützt werden kann. Der vom Fürsten Bismarck gegen die Diätenbewilligung allseitig bekundete sehr begründete Widerspruch möchte völlig in Vergessenheit gerathen sein, wenn heute von konservativer Seite leichtes Herzens ein Privileg aufgegeben wird, dessen Aufrechterhaltung gegenwärtig mehr denn je noth thut und das f. Z. als eine der Grundlagen der Reichsverfassung und als die Vorbedingung für die Einführung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts bezeichnet worden ist. Wir hatten eine derartige Verirrung bei der „Kreuzzeitung“ nicht für möglich gehalten.“

Die erste Warnung der „W. N.“ könne natürlich nur komisch wirken. Denn welches die Gefahren sein sollen, die angeblich aus der Bewilligung der Diäten folgen könnten — selbstverständlich sind Gefahren für die Reaktion gemeint —, wird weder „Kreuzzeitung“ noch „Berl. N. N.“ zu sagen vermögen.

Thatsächlich handelt es sich ja auch bei dem Streit gegen die Diäten um etwas ganz anderes. Die Diätenfrage wird von den reaktionären Parteien nur benützt, um ihre Wünsche und Hoffnungen auf Verschlechterung des Reichstagswahlrechts daran anzuknüpfen! —

— Zur Militär-Strafprozess-Reform schreiben die „Berl. Pol. Nachr.“:

„Die Zeit wird schon kommen, wo völlig klar wird, daß die Schwierigkeit lediglich in der Forderung Bayerns auf einen besonderen höchsten Gerichtshof liegen, durch welchen die vor allem zu erprobende Einheit der Rechtsprechung in der Armee durchzuführen wäre.“

Diese albernen Versuche, die Dinaufschleppung der Reform zu beschleunigen, verfangen denn doch bei keinem Menschen mehr. —

— Postreformen. Eine parlamentarische Korrespondenz meldet: Die vom Staatssekretär des Reichspostamts geplante Reform des Fernsprechwesens wird vor dem Frühjahr nicht können in Angriff genommen werden. Der Staatssekretär von Hobbeski hatte zum Studium der Verhältnisse im Fernsprechverkehr nach Schweden und Norwegen mehrere Beamte entsendet. Einige derselben sind bereits zurückgekehrt und haben Bericht erstattet. —

— Eine Konferenz der Rektoren sämtlicher preussischer Universitäten soll während der Weihnachtferien in Unterrieden stattfinden. Der Hauptgegenstand der Besprechung wird das Disziplinargesetz gegen Privatdozenten sein. —

— Pastor Göhre, der Verfasser von „Drei Monate Fabrikarbeiter“ und des kasseler ereignenden Artikels über die ländlichen Arbeiterwohnungen in der Provinz, ist wegen seiner antiagrarischen Gesinnungen aus dem Verbands des evangelisch-sozialen Kongresses ausgeschlossen. Jedenfalls ist dieser nicht ganz freiwillige Austritt aus der scharfen Angriffe des Vorsitzenden des Kongresses, Landesökonomischer Raths, gegen Göhre zurückzuführen. Herr Raths hielt seine schärfste Hand über die Junker, die die soziale Verantwortung für das von Göhre geschilderte Elend zu tragen haben. Göhre war durch eine Reihe von Jahren Generalsekretär des Kongresses und Redakteur der von demselben herausgegebenen Zeitschrift. Das Ansehen des Kongresses wird durch diese Maßregelung erheblich und rückhaltlos erschüttert der Zustand, in dem das Volk zu leben verurtheilt ist, nicht gewinnen. —

— Zum Prozeß Stenzel wegen Leopold-Belaidigung erklärt der „Reichs-Anzeiger“, die bairische Regierung habe den Strafantrag gegen das „Hamburger Echo“ durch ihren Befehlnden stellen lassen, ohne daß eine Anregung hierzu von Seiten der deutschen Regierung ergangen ist.

Es ist auch nicht behauptet worden, daß die Anregung zur Stellung des Strafantrages von „der deutschen Regierung“ ausgegangen sei. Die Witztheilung des „Reichs-Anzeiger“ schießt keineswegs aus, daß Persönlichkeiten, die der deutschen Regierung nahe stehen und sich beim belgischen Hofe beliebt zu machen wünschen, den Strafantrag veranlassen haben. Die allgemeinen Umstände, unter denen der Prozeß sich abspielte, drängen eine solche Vermuthung allerdings auf. Ob aber die Nachricht richtig ist, die das „Berliner Tageblatt“ aus Brüssel erhält, daß König Leopold sich für die Vergeltung des verurtheilten Redakteurs verwenden wolle, erscheint mehr als zweifelhaft. —

— Von der Ausgabe eines neuen Gewehres wurde kürzlich in einigen Zeitungen gerüchelt gesprochen. Der „Hamb. Kor.“ erfährt hierzu, daß zur Zeit allerdings, wie immer, Gewehrmodelle verschiedener neuer Konstruktionen bei einzelnen Truppenheiten erprobt werden und daß diese Erprobungen zum Theil ziemlich weit vorgeschritten sind; von einem Abschluß der Erprobungen zu reden, sei aber nicht richtig.

Die fortwährenden Umwälzungen in der Waffentechnik bringen es mit sich, daß in den Militärverhältnissen fortwährend Versuche mit neuen Modellen angestellt werden. —

— Zu der Nachricht, daß die Senate des Reichsgerichtes vermehrt werden sollen, bemerkt das „Leipziger Tageblatt“: „Hierzu können wir aus grund eigener Erfahrung mittheilen, daß man im Reichsgericht selbst der Frage, ob oder inwieweit eine Vergrößerung des obersten deutschen Gerichtshofes nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs nöthig ist, bisher noch nicht näher getreten ist.“

— Der Parteitag der freisinnigen Volkspartei von Schleswig-Holstein, der am Sonntag in Quisum Rottland, hat beschlossen, die Sonderkandidatur Schmidt-Havighorst im Wahlkreise Altona-Oldenburg zurückzuziehen, so daß also der Pastor a. D. York aus Hamburg gemeinsamer Kandidat aller Freisinnigen für die bevorstehende Reichstagswahl in dem genannten Kreise sein wird. Als Äquivalent für diese großmüthige That ermaclet nun aber der Parteitag, daß die freisinnige Vereinigung die Kandidatur des Hamburger Ober-Landesgerichtsraths Hagens im Wahlkreise Quisum-Löndern für die nächstjährigen Neuwahlen zu Gunsten der Volkspartei zurückziehe wird. Der Mantel der Wasserfischer und der Waidenstrümpfer untereinander wird immer lustiger. —

Breslau, 19. Oktober. (Sig. Bericht.) Wegen „Stellung“ wird sich am 25. d. M. der Verleger der Breslauer „Volkswacht“, Genosse Oskar Schütz, erneut vor der Strafkammer zu verantworten haben, nachdem das Reichsgericht, welches sich auf die gegen das freisprechende Urtheil von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Revision mit der Sache zu befassen hatte, die Angelegenheit an das Breslauer Landgericht zurückverweisen hat. Es handelt sich bekanntlich darum, daß Genosse Schütz für den früheren verantwortlichen Redakteur der „Volkswacht“, Genossen Gerhardt, eine über denselben verhängte Geldstrafe bezahlt hatte. —

Heutheben O. Schl., 18. Oktober. (Sig. Ber.) Der Kolporteur Dylong aus Königsbrunn soll demnach großen Unfug verübt und Staatsbeamten verächtlich gemacht haben, daß er sich gefesselt und in Gefängnisstrafe malken, nach dem Wibe Photographien auferlegen ließ, und diese verbreitete. Eine ihm zudictirte Polizeistrafe von 8 Wochen Haft war von dem Schöffengericht in Königsbrunn auf 4 Wochen ermäßigt worden; Staatsanwalt und Verklagter hatten Verurteilung eingeleitet. Am 18. d. M. wurde diese Angelegenheit vor der Weutheuer Strafkammer verhandelt. Dylong behauptete, daß er thatsächlich, obwohl er seinerzeit nur in Untersuchungshaft war, doch in Gefängnisstrafe gefesselt und bei einigen Transporten gefesselt worden sei. Um Beweise über diese Behauptung zu erheben, wurde die Verhandlung vertagt. — Dylong war seinerzeit verhaftet worden, als er als Kolporteur Zeitungen in Rationell verbreitete. Obwohl sich sofort nach der Verhaftung hätte herausstellen müssen,

daß der gegen ihn erhobene Verdacht der Gemeindefreier-Konvention unbegründet war, wurde er doch nicht entlassen, sondern eine volle Woche im Gefängnis behalten und, wie er vor Gericht behauptet, wie ein Sträfling behandelt. Nach der ersten Vernehmung hat danach der Untersuchungsrichter, wie Dylong ebenfalls vor Gericht auslegte, zu ihm gesagt: „Da Sie keine Beschäftigung haben, können Sie hier bleiben.“ (S.) Dylong hat jene Woche unschuldig absitzen müssen; er ist nicht bekräftigt worden. —

Gesellschaft, 18. Oktober. Der „Pund der Landwirthe“ hat für den 18. hundertsten Wahlkreis den Grafen Herbert Bismarck als Reichstagskandidaten aufgestellt. —

Lübeck, 18. Oktober. Die Bürgerschaft bewilligte heute die von uns schon erwähnte Gebaltsvorlage für das kaiserliche Oberlandesgericht und schloß eine Kommission ein zur Prüfung der Rentabilität der Lübecker Staatslotterie. —

Schwerin, 18. Oktober. Der Landtag beider Mecklenburg ist zum 11. November d. J. nach Sternberg einberufen worden. Außer den Steuern stehen zur Verhandlung: Der Etat der Eisenbahnverwaltung, die Prinzessin Luise für die Herzogin Alexandrine und die Reorganisation des ritterschaftlichen Seminars zu Lübbteen. —

— Der Konflikt der Gemeindevertretung von Niederhastlau mit der Ritterschaft hat endlich durch die Befähigung des zuletzt vorgeschlagenen Kandidaten, des Kaufmanns Plessig jun. zum Gemeinde-Vorsteher seinen Abschluß gefunden. Nachdem alle nicht genehmten Männer von der Ritterschaft abgelehnt waren, hat man sich, um die theure kommunalfähige Verwaltung nicht zu lange dauern zu lassen, entschlossen, einen der Ritterschaftsbeamten genehmen Mann vorzuschlagen. Und das nennt man Selbstverwaltung! —

München, 19. Oktober, Landtag. Die Kammer der Abgeordneten nahm heute einstimmig einen Antrag Böcker an, es möchten Erhebungen darüber angestellt werden, ob die Straßen und Wege in dem diesjährigen Manöverlande ungewöhnlich beschädigt wurden und es möchten, falls ungewöhnliche Beschädigungen erwiesen würden, den betreffenden Gemeinden und Distrikten entsprechende Beiträge zur Wiederherstellung der Wege und Straßen gewährt werden. Im Laufe der Debatte sprachen sich mehrere aller Parteien für den Antrag aus. Der Kriegsminister Freiherr v. W. und der Minister des Innern bekämpften dagegen den Antrag mit dem Hinweis, daß aus der Annahme des Antrages weitere Konsequenzen entstehen würden. Man könnte dann auch Entschädigung für die Abnutzung der regelmäßig vom Militär benutzten Straßen fordern. Das Naturalleistungsgesetz lenne solche Entschädigungsansprüche nicht. Würde die bayerische Regierung darauf eingehen, dann würden im ganzen Reich dieselben Ansprüche erhoben werden. Außerdem würde es schwer sein, jetzt noch durch Erhebungen festzustellen, welche Wegbeschädigungen von den Truppen herrührten. Der Antrag wurde angenommen. Sodann begann die Beratung der Anträge auf Einführung des direkten Wahlrechts bezw. des Proportional-systems in Bayern. Heute kamen in der Angelegenheit nur die verschiedenen Antragsteller zum Worte. Fortsetzung dieser Debatte morgen. —

Baden, 18. Oktober. (Sig. Ber.) Von Zeit zu Zeit erlingt es in unserer südwärtlichen Ecke des Deutschen Reiches wie von Reminiscenzen aus der Zeit, wo Baden, das spätere liberale Münster und Proberländer noch gerne revolutionäre. Eine Erregung aus jenen Zeiten ist die Verhandlung der Preßprozesse vor Schwurgerichten. Die Offenburger Staatsanwaltschaft hat ihren Niederlagen, welche sie sich vor Schwurgerichten im Kampf gegen den „Volkfreund“ geholt, eine neue hinzuzufügen. Heute, den 18. Okt., wurde „Genosse Ged.“, Redakteur des „Volkfreund“, nach siebenstündiger, fast lediglich aus Plaidoyers bestehenden Verhandlung, von der Anklage der Belaidigung des Kommandeurs des 170. Infanterie-Regiments freigesprochen. Der Prozeß war insofern interessant und auch über die rothgelben Grenzpfähle hinaus von Bedeutung, als aus der ursprünglich einfachen Belaidigungsklage ein politischer Tendenzprozeß erster Güte wurde, der besonders in der Frage der Militärboykotts eine Menge für die Behörden höchst unangenehmes Material zu Tage förderte. So wurde unter anderem nachgewiesen, daß im Jahre 1889 auf grund eines völlig aus der Luft gegriffenen Berichtes eines Beamten der politischen Polizei der Militärboykott über eine Wirthschaft verhängt wurde, zu deren Boykottierung kein Grund vorlag. Es wurde nachgewiesen, daß eine Wirthschaft mit dem Boykott belegt war, in deren Männen die Offiziere an irgend einem patriotischen Festtage ihr Festessen hatten. Ferner wurde die Thatsache erhört, daß ein über eine Offenburger Wirthschaft verhängter, aber schon im Jahre 1890 aufgehobener Boykott für die Straßburger Garnison infolge einer Nachlässigkeit der dortigen Militärbehörden noch volle 7 Jahre weiterbestand. Eine mehr heitere Seite hatte der Boykott in Jahr, wo ein Boykott vorübergehend über eine Wirthschaft verhängt worden war, welche, weil an einer Straßbahn liegend, bisweilen ein — rothes Fähnchen als Halbesignal aus dem Fenster gehängt hatte. — Die Anklage war wegen eines Artikels im „Volkfreund“ gestellt worden, worin es als ein Mangel an Anstand, für den es keinen parlamentarischen Ausdruck gebe, bezeichnet worden war, daß von dem Kommando eines festlich empfangenen und feierlich bewirtheten Regiments — (es handelt sich um das nach Offenburg in Garnison kommende Infanterie-Regiment 170) — der Boykott über eine der Wirthschaften, welche sich zur unentgeltlichen Bewirthung der Mannschaften bereit erklärt hatten, der Boykott verhängt wurde. Die Befehlsbeamten traten dieser Ansicht durch ihren Wahrspruch bei und erkannten trotz der hochpolitischen Rede des Staatsanwalts, der sogar das Gespenst der Straßerevolution aus der Verurteilung hegen ließ, durch die Verurteilung der Schuldfragen der Presse das Recht der öffentlichen Kritik des Militarismus in Baden zu. —

— Die Verurteilung Buech's in Straßburg wegen Beamtenbelaidigung und Verächtlichmachung von Staats-einrichtungen zu 10 Monaten Gefängnis wird in der elsäß-solhringischen Presse nicht kommentirt, weil — diese unter den bestehenden Gesetzen nicht kommentiren darf. Die nächsten Reichstags-Verhandlungen dürften davon mehr erzählen. Von besonderem Interesse ist an dem Prozeß auch der Umstand, daß die Gerichtsbahnde zur Ermittlung von Fingern sich zwei Telegramm-Manuskripte unabhängigen Licht, die ein Wiltbauer Korrespondent in der Angelegenheit mit voller Namensunterschrift abgegeben hatte. Eine Beschwerde gegen die Pöbeldiktation und gegen den Untersuchungsrichter, der die Herausgabe der Manuskripte verweigert hatte, blieb ohne Erfolg. —

— Chronik der Majestätsbelaidigungs-Prozesse. Der Tagelöhner Karl Rischner aus Wombach hatte in Mainz auf dem Fischthorplatz einem Schussmann gegenüber belaidigende Aeußerungen gegen den Großherzog von Hessen angestöhnen, im Arrestlokal eine Raune getrimmert und einen Schussmann belaidigt. Er wurde von der Strafkammer zu 3 Monaten 10 Tagen Gefängnis verurtheilt. —

— Koloniale. Das deutsch-französische Togo Abkommen wird jetzt in „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Es handelt sich um die Grenze zwischen dem französischen Dahomey und dem deutschen Togo. Der Vertrag von 1886 regelte die Grenze bis zum 9 Grad n. Br., während weiter nördlich der Thätigkeit beider Mächte freier Spielraum gelassen war. Deutschland wie Frankreich haben daher wiederholt Missionen nach diesen Gebieten gesandt, um dort Verträge mit den eingeborenen Häuptlingen zu schließen und vom Land Besitz zu erzeilen. Zu Anfang dieses Jahres nahm die Thätigkeit dieser Missionen einen solchen Umfang an, daß, um drohenden Verwicklungen vorzubeugen, die beiden Regierungen sich entschlossen, die Abgrenzung ihrer Besitzungen in diesem Theil Afrika zu vervollständigen. —

Bei den in Paris vom Mai bis Juli dieses Jahres hierüber gepflogenen Verhandlungen stellte sich heraus, daß die eingeborenen

Hauptlinge wiederholt gleichzeitig Schutzverträge mit deutschen und französischen Agenten geschlossen und bald ihren Machtbereich über die Westküste hinaus ausgedehnt, bald eine in Wahrheit nicht vorhandene Unabhängigkeit sich beigegeben hatten. Es zeigte sich auch als unmöglich, sich an die Thatsache der erfolgten Befreiung eines Gebietes zu halten, da die beiderseitigen Missionen Stationen oft in nächster Nachbarschaft, oft sogar am selben Orte gegründet hatten. Die Delegierten beider Theile klügten sich daher darüber, bei sonst regelmäßig abgeschlossenen Verträgen als entscheidendes Merkmal der Gültigkeit die Zeit des Abschlusses anzunehmen.

Auf dieser Grundlage und aus geographischen Rücksichten wurden französischerseits Deutschland die Gebiete von Cambodge, Kambodja, Kanton und Kiri und von deutscher Seite Frankreich Semere Medjo und Sugu zuerkannt.

Im Laufe der Verhandlungen wurde ferner unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen und der allgemeinen Entwicklung der beiderseitigen Schutzgebiete eine weitere Einigung erzielt, wonach Frankreich seine Rechte auf Sanfame Mango aufgab und Togo einen Gebietszuwachs und eine Grenzberichtigung in der Nähe der Küste zugestand, während Deutschland hierfür seine Ansprüche auf Sugu und Gurma fallen ließ. Durch die neue natürliche, dem Thalweg des Mono folgende Grenzlinie sollen bisher häufig hervorgetretene Uebelstände dauernd beseitigt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Oktober. Abgeordnetenhaus. Bei Beginn der Sitzung wurden drei namentliche Abstimmungen vorgenommen; als die dritte Abstimmung Beschlußunfähigkeit leit des Hauses ergab, wurde die Sitzung ausgeschrieben.

Wien, 19. Oktober. (Voss. Ztg.) Der vielgenannte Abgeordnete Szajer, der letzthin in einer hiesigen Versammlung polnischer Arbeiter erschien und durch sein Benehmen und die wenigen Worte, die er sprach, den Eindruck eines Betrunknen machte und als solcher von den Sozialdemokraten behandelt wurde, wurde von der Sozialdemokratischen Partei des Abgeordnetenhauses, der er angehört, ausgeschlossen.

Die Schwierigkeiten des Kabinetts Wadeni mahnen sich von Tag zu Tag. Nicht ohne Bedeutung für die Regierung ist auch die Bewegung in der Staatsbeamtenchaft, deren Vereine in Wien, Graz, Salzburg u. s. w. einen großen Delegiertenkongress in Wien planen, um der Unzufriedenheit der Beamtenchaft mit der Verzögerung der Gehaltserhöhung durch die politischen Kräfte der Regierung möglichst wirksamen Ausdruck zu geben.

Budapest, 19. Oktober. Der offiziöse „Nemzet“ konstatirt gegenüber den Ausstellungen, daß Graf Wadeni mit dem Ministerpräsidenten Banffy sich bereits über die Anwendung des Notverordnungsrechtes für das Provisorium und für das Ausgleichsgesetz geeinigt hätte, in den Kreisen der ungarischen Politiker sei niemals die Möglichkeit einer solchen Vereinbarung angestrichelt. Nach wie vor beharrt die ungarische Regierung auf dem Standpunkte, daß bezüglich der Schaffung des Provisoriums oder der Ausgleichsgesetze keine andere Kombination in Frage kommen könne, als jene, welche der Gesetzartikel 12 vom Jahre 1887 vorschreibt. Derselbe schreibt die parlamentarische Erledigung des Ausgleichsgesetzes in beiden Reichshälften vor, erschwert also wesentlich das Wadenische Vorhaben, ohne Parlament zu registrieren.

Frankreich.

Paris, 18. Oktober. (Voss. Ztg.) Léon Bourgeois, der ehemalige radikale Ministerpräsident, hat endlich sein langer Schweigen gebrochen, das zum Gerücht Veranlassung gab, er werde, wie sein früherer Adjutant, der Finanzminister Doumer, mit dem Kabinet Méline Frieden schließen und den Vorschlagsterposten in London annehmen. In seiner gestrigen Programmsprache zu Chalons sur Marne erklärte er dem Kabinet den Krieg — freilich in der ihm eigenen rücksichtslos lauten Sprache, die in einem seltsamen Kontrast steht zu den radikalen Ausfällen der Minister gegen die Opposition. Das Beste an der Programmsprache sind die Angriffe auf die Hochfinanz, diese internationale Macht, die nicht minder gewaltig ist als die katholische Kirche und die eine Gefahr bildet nicht nur für Frankreich, sondern für alle europäischen Staaten. Der radikale Führer hat entschiedenere als bisher die alte Phrasologie von „Fortschritt“ und „Reaktion“ durch die konkrete Bezeichnung der kämpfenden Parteien nach ihren wirtschaftlichen Interessen ersetzt: Méline hält sich an die Kirche und die mit ihr verbundenen „Privilegiten“ und verfolgt nur den Zweck, die Kammerwahlen zu leiten und in die nächste Kammer eine Mehrheit wählen zu lassen, die endgiltig die Interessen der Privilegiten sichern soll. Auch die Rolle der Hochfinanz im griechisch-türkischen Krieg und in der Emporschmelzung der Getreidpreise wurde von Bourgeois nach dem Beispiel der Sozialisten verurtheilt. Den Unterschied zwischen den Radikalen und den Sozialisten markierte er diebald klugerweise nicht durch die übliche „Verwerfung“ oder „Verurtheilung der kollektivistischen Lehren“, sondern durch die positive Erklärung, seine Partei

wolle die Unabhängigkeit aller Bürger auf dem Wege der Entwicklung des kleinen Eigenthums sichern. Wie dieser fähe Traum verwirklicht werden soll, hat er freilich nicht verrathen. Die konkreten Punkte des radikalen Programms bleiben nach wie vor: die Einkommensteuer, die theilweise Verfassungsrevision und die Werke der Unterstützung, der Vorsorge und der Gegenseitigkeit, das heißt die Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung.

Bei der gestrigen Kammerwahl in Besoul (Depart. Haute-Saône) gewannen die Radikalen einen opportunistischen Sitz mit einer Mehrheit von über 8000 Stimmen. In der überaus heftigen Wahlkampagne hatte sich auch der ehemalige radikale Minister Dreyfus betheiligt. — In einer Pariser Gemeindevahl behaupteten die Radikalen ihren alten Sitz gegen zwei sozialistische Kandidaten, den Allemanisten Chompy und den Kandidaten der Arbeiterpartei Bertrand. Die sozialistischen Stimmen sind aber insgesamt um 700 geblieben — ein nicht unerheblicher Erfolg, da es sich um einen wesentlich kleinbürgerlichen Wahlbezirk handelt.

Paris, 19. Oktober. Die Delegierten der Stadt Paris, welche der Enthüllung des Verteidigungs-Denkmals in Châteaudun beizuwohnen sollten, blieben der Feier fern, weil der Marineminister verlangte, daß sie ihm vorher den Wortlaut ihrer etwaigen Reden unterbreiten sollten. Aus demselben Grunde lehnte Déroulède die Theilnahme an der Feier ab.

Diese Fürsicht ist ganz unrepublikanisch, unter Napoleon III. hat man es mit der Einschränkung der freien Meinungsäußerung auch nicht ärger getrieben.

Paris, 19. Oktober. Der Municipalrath hat gestern in der Frage der Vertreibung des Weizens den Wunsch ausgedrückt, daß die Eingangsölle auf Getreide auf 4 Fr. herabgesetzt werden und deren Ertrag dem Wohle der arbeitenden Klassen zugewendet werden soll.

Paris, 19. Oktober. (V. Z.) Heute ist hier ein neues radikales Organ, betitelt „Aurore“, an dessen Spitze Clemenceau steht, erschienen.

Italien.

Rom, 17. Oktober. (Voss. Ztg.) Der Minister Rudini hat an sämtliche Präfecten und Polizeibehörden ein Circular verschickt, in dem er dieselben auffordert, sich darüber zu äußern, ob sie die Auflösung aller sozialistischer Verbindungen für angebracht halten. Ohne Zweifel ist auch hier der Einfluß des „liberalen“ Zanardelli, der jetzt die ganze politische Situation beherrscht, die treibende Kraft gewesen. Noch mehr, als die Radikalen, gegen die er kürzlich das Ministerium vorschickte, fürchtet er auf der anderen Seite das vordringende Proletariat.

Bulgarien.

Sofia, 19. Oktober. Die Sobranje wird durch einen Ulaß des Fürsten zum 27. Oktober einberufen.

Türkei.

Konstantinopel, 18. Oktober. Die Militärattachés sind heute Abend nach Saloniki abgereist, von wo sie sich zur Grenzabsetzung nach Thessalien begeben.

Indien.

Vom indischen Kriegsschauplatz. Aus Simla wird gemeldet: Die Division des Generals Darnley hat am Montag nach Heftigem, den ganzen Tag andauerndem Gefechte eine große Anzählung von Eingeborenen über Chagratol westlich vom Fort Dullistan in den Samana-Bergen zurück. Die Gordon-Hochländer und die Ghurkas erklimmen das Plateau von Margai, östlich oder einige Verluste. Auf britischer Seite sind ein Offizier und 10 Mann gefallen und 53 Mann verwundet worden. Die Verluste der Eingeborenen waren schwer.

Ferner wird heute aus Simla telegraphirt: Nach einer Meldung aus Beshawar ist eine Aufklärungsbatterie der bengalischen Kavallerie, welche vom Fort Sara aus auf der Straße gegen Mammanna vorrückte, in einen Hinterhalt gerathen, wobei ein Eingeborenen-Offizier und 14 Sowar-Reiter getödtet wurden; 21 Pferde mußten auf dem Platze gelassen werden.

Afrika.

Prätorien, 18. Oktober. Der Bericht des Unterausschusses des Volkstraats über den Bericht des Industrie-Ausschusses wurde heute ausgegeben. Derselbe empfiehlt, den Preis für die Riste Dynamit um 10 Schilling herabzusetzen, außerdem eine Herabsetzung der Eisenbahn-Frachtzölle für Bergbau-Erfordernisse, welche auf insgesamt 4.000.000 M. jährlich geschätzt wird, sowie eine Verringerung der Zolltarifzölle für Lebensmittel und eine Erhöhung derselben auf Luxusgegenstände; ferner wird die Einberufung einer Südafrikanischen Konferenz über die Frage der eingeborenen Arbeitskräfte als nothwendig bezeichnet. Der Bericht, welcher der Benützung des Volkstraats bedarf, dürfte Gegenstand lebhafter Redekämpfe werden.

Ueber die Verhandlungen des Hamburger Parteitag

wurde gestern in sechs öffentlichen Versammlungen von den Berliner Delegirten Bericht erstattet. Wir lassen morgen eingehende Berichte über den Verlauf der Verhandlungen folgen, geben für heute nur das Resultat der Neuwahlen der Vertrauensleute, der Lokal- und der Preßkommissionsmitglieder wieder. Es sind gewählt:

Im ersten Kreis: Vertrauensmänner: Bohn und Stabernack; Preßkommission: Limm, Boldt; Lokalkommission: Kunkel, Felgentreff; Revisoren: Sommer, Radebusch, Gustav Seiler

Zweiter Wahlkreis: Vertrauensmänner: Hermann Werner und Glashagen; Preßkommission: Ewald und Bartsch; Lokalkommission: Wüstenhagen und Sachmann.

Dritter Wahlkreis: Vertrauensmann: Friß; Preßkommission: Wartenberg und Schögel; Lokalkommission: Hinz und Mahle.

Vierter Wahlkreis: Vertrauenspersonen für den Osten: Bengels und Thielke, für den Südosten: Bogt und Erbe; Preßkommission: Wilh. Schulz und Paul Hoffmann; Lokalkommission: für den Südosten: Jäck, Balke und Wingen, für den Osten: D. Blume und Heinrich Faber; Revisoren: für den Osten: Wegner, Bogasch und Zabel, für den Südosten: Baberke, Böhm und Gesche.

Fünfter Wahlkreis. Vertrauensmänner: Jakob Meul, Rob. Richter; Lokalkommission: Busse, Späth; Preßkommission: Piepmann, Roth.

Sechster Wahlkreis. Vertrauensmänner: Grätsch, Eug. Crust, Brinkmann, Rose; Preßkommission: Staroffen, Jacobius; Lokalkommission: Kempfer, Freyhaller, Brinkmann und Springborn.

Partei-Nachrichten.

Ueber den Hamburger Parteitag schreibt Genosse Bede in der „Neuen Zeit“. Ueber die Beschlüsse zu den Landtagswahlen sagt er:

„Damit ist also grundtätig entschieden, daß die Parteigenossen verpflichtet sind, sich überall an den preussischen Landtagswahlen zu betheiligen, wo die Verhältnisse eine Betheiligung ermöglichen. Das trifft in erster Linie die großen Städte, allen voran Berlin. Wird diesem Beschlusse mit dem an der Partei gewohnten Eifer entsprechend gehandelt, und das ist nicht zu bezweifeln, so werden auch größere Erfolge bei den Wahlmänner-Wahlen nicht ausbleiben. Das angesehene Amendement verbietet aber alsdann die event. Ausnützung dieser Erfolge, und da das sehr gespannt sein, was die Partei sagt, sobald sie vor dieser Entscheidung — Oder gestellt ist. Möglicherweise stellt sie sich auf dem nächsten Parteitag noch einmal diese Frage, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß die Landtagswahlen erst im Herbst 1898 stattfinden werden. Die Hauptfrage ist, daß die Betheiligung an den Landtagswahlen beschlossen wurde, damit ist der Rubikon überschritten, alles Weitere ergibt sich daraus von selbst.“

Ferner bespricht Bede ausführlicher die Haltung der Sozialdemokratie zu den Militärforderungen; er kommt hier zu dem Schlusse: Die Vertretung der arbeitenden Klasse im Reichstag „kann also in Militär- und Marinefragen niemals anders stimmen, als sie bisher gestimmt hat.“

Der Parteitag für den bayerischen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg, der am Sonntag in Memmingen abgehalten wurde und von 21 Delegirten aus 17 Orten besucht war, beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Vorbereitungen für die nächsten Reichstagswahlen. Als Kandidaten wurden aufgestellt: für den Kreis Augsburg: Ab. Müller aus München, für den Kreis Illertissen: G. Matinat aus Augsburg, für den Kreis Jyzzensstadt: Kempton; G. Birk aus München, für den Kreis Kaufbeuren: A. Zitt aus Jressee, für den Kreis Nördlingen-Donauwörth: G. v. Bollmar. Der Kreis Dillingen war auf dem Parteitag nicht vertreten; vorbehaltlich der Zustimmung der dortigen Genossen wurde Genosse v. Bollmar auch für diesen Kreis als Kandidat aufgestellt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Ueber die Revision des Redakteurs des „Proletariats“ aus dem Gültengebirge, Genossen Feldmann in Bangenbieten, gegen seine Verurtheilung zu vier Wochen Gefängnis wegen

Biographisches über Karl Grillenberger.

Am 22. Februar des nächsten Jahres wäre Grillenberger erst 50 Jahre alt geworden. Er wurde zu Zirndorf bei Nürnberg als Sohn eines Volksschullehrers geboren. Nachdem er das Schlosserhandwerk erlernt hatte, reiste er 1861—64 als Handwerksbursche durch Deutschland, Oesterreich und die Schweiz. Mit seinem prächtigen Humor hat er seine Handwerksburschen-Erlebnisse in der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ und später in den laufenden Nummern des „Wahren Jakob“ geschildert. Als Handwerksbursche war er auch in die Schweiz gekommen, deren demokratische Einrichtungen ihn aufs höchste interessirten. Hier wurde er auch mit den Lehren der Sozialdemokratie bekannt, denen er während seines späteren Lebens seine ganze Kraft widmete. Nach Deutschland zurückgekehrt, schloß er sich der Eisenacher Richtung an und begann die mühsame Arbeit, in Nürnberg und Fürth für die Sozialdemokratie zu wirken. Wie sehr seine Thätigkeit fruchtbar war, beweist die Verbreitung des Sozialismus in ganz Nordbayern. Eine der sichersten Hochburgen unserer Partei ist heute Nürnberg und Fürth, Würzburg und so manch' anderer nordbayerischer Wahlkreis wird uns bald als reife Frucht in den Schooß fallen. Seine Agitation betrieb er lange Jahre als Arbeiter in der königlichen Gewerksfabrik zu Nürnberg und nachher in der Wollfabrik zu Forchheim. Als der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ gegründet war, mußte er bald (1875) in die Redaktion eintreten und bis zu seinem Tode blieb er ununterbrochen Redakteur dieses ältesten der heute existirenden deutschen Parteialter, das seit Oktober 1878 den Namen „Frankische Tagespost“ trägt. Als Redakteur war er ein selbständiger, nicht der Schablone sich fahender Journalist, und auch in dieser Lebensstellung hat er sich eine geachtete Stellung zu erlangen verstanden. Scharfe originelle Polemik, kräftige Sprache, Frische des Stils, Kampfeslust charakterisirten ihn als Redakteur.

Das Interesse für seine gewerkschaftliche Organisation, die der Metallarbeiter, bei er in früheren Jahren große Dienste geleistet hatte, erlosch bei ihm nie.

In der schweren Zeit des Sozialistengesetzes, wo er der Partei mannigfache große Dienste geleistet hatte, stand er auf dem gefährlichen Posten der Parteileitung. Allen dreien im Aus-

lande abgehaltenen Kongressen wohnte er bei. Sein Abenteuer vor dem St. Gallener Parteitage, wo seine kräftige Faust mit deutschen Ephelein Bekanntheit machte, ist noch in aller Erinnerung. Bei den ersten allgemeinen Wahlen zum Reichstage unter dem Sozialistengesetz (1881) eroberten wir unter Führung Grillenberger's den ersten süddeutschen Wahlkreis, Nürnberg, und ununterbrochen blieb er in unseren Händen, wobei von Wahl zu Wahl unsere Stimmzahl wuchs und die Gegner jede Hoffnung aufgaben, den Kreis jemals uns abzunehmen. Im Reichstage war er ein gerne gehörter, origineller, drastische Ausdrücke nicht fürchtender, aber niemals platter Redner, ein bei allen Parteien geachteter Abgeordneter und geschätzt als Sachkenner ersten Ranges in allen Fragen des Koalitionsrechtes, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Er war ein sehr fleißiges, in die Materie tief eindringendes Mitglied der wichtigsten Kommissionen des Reichstags, so z. B. der Arbeiterschutz-Kommission in mehreren Sessionen, der Militärkommission 1886/87 und 1893. In der letzten Session des Reichstages nahm er mit lebhaftem Interesse und größtem Eifer an den Arbeiten der Unfallversicherungs-Kommission theil. In der Session 1884—1887 hatte er sich ein solches Ansehen im Reichstage erworben, daß sein Name in Verbindung mit denen Eugen Richters und Windthorst's als gemeinsames Bezeichnung für die antibismarckische Majorität des Reichstags galt.

Ein neues großes Gebiet der Thätigkeit erschloß sich ihm bei den letzten Wahlen zum bayerischen Landtage. Nürnberg wählte damals zum Schrecken des freisinnigen Klüngels nur Sozialdemokraten in den Landtag: Grillenberger, Löwenstein, Scherrn und G. J. Erhardt.

Diese vier und Bollmar als Vertreter eines Münchener Wahlkreises errangen sofort eine achtunggebietende Stellung in der bayerischen Kammer und Grillenberger erfreute sich auch hier bei allen Parteien eines hohen Ansehens.

Wir müssen es verschließen, im einzelnen die Thätigkeit dieses vielseitigen tüchtigen Mannes zu schildern. Eines sei heute noch bemerkt: Grillenberger war seit vielen Jahren schwer krank, nur seine außerordentliche Energie ließ ihn das leisten, was er voller Pflichtgefühl bis zum letzten Athemzuge ermöglichte. So manches Mißgeschick seiner Neuzugungen, die oft herber klangen, als sie gemeint waren, wäre unterblieben, hätte man geahnt, wie schwer der so kräftig aufstrebende Mann unter körperlichen Beschwerden zu leiden hatte.

„Doch heute gedenken wir nicht dessen, was hier und da das gute Einvernehmen störte, heute trauern wir mit seiner Familie, seiner schwer geprüften Frau, seinem Sohne und seiner Tochter; heute trauern wir den Genossen Nürnberg's und Bayern's die Genossen ganz Deutschlands um den trefflichen Genossen, der unermüdlich gewirkt hat für die Verbesserung des Loses der Arbeiterklasse.“

Aus den zahlreichen Depeschen aus München und Nürnberg, die uns über die letzten Stunden Grillenberger's zugehen, theilen wir das folgende mit:

Grillenberger ist heute um 6 Uhr 35 Minuten nachmittags gestorben. Am Vormittage hatte er noch im Landtage den Wahlrechtsantrag unserer Fraktion in einkündiger ausgezeichneter Rede bei anscheinend vollkommener Gesundheit begründet. Beim Verlassen steigerte sich das Uebelbefinden. Auf dem Wege zum Arzte bekam er den ersten Gehirnschlag. Die Sanitätskolonne brachte ihn ins Krankenhaus. Trotz eifrigster Fürsorge verstarb er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Die Aerzte konstatirten verschiedene Todesursachen: Springen der Blutgefäße, allmählicher Bluterguß ins Gehirn.

In München wie in Nürnberg herrscht über Grillenberger's Tod größte Aufregung in den Arbeiterschichten, aber auch Theilnahme in bürgerlichen und parlamentarischen Kreisen.

In Berlin wurde die Todesnachricht in den Parteiversammlungen aller Wahlkreise bekannt gegeben; dieselbe hat überall die allergößte Theilnahme hervorgerufen.

Aus Kopenhagen erhalten wir die folgende Depesche: Die dänische Sozialdemokratie spricht hierdurch ihre lebhafteste Theilnahme und tiefgefühlten Schmerz bei dem großen Verluste der deutschen Bruderpartei durch den Tod unseres treuen Freundes und Genossen Grillenberger aus. P. Knudsen.

Aus Paris geht uns folgende Depesche zu: Die Redaktion der „Petite Republique“ erfährt mit tiefem Schmerz die Nachricht vom Tode des Bürger Grillenberger. Sie bittet den Ausdruck ihrer lebhaftesten Theilnahme der Familie, den sozialistischen Fraktionen des deutschen Reichstages und der bayerischen Abgeordnetenkammer und dem Parteivorstande zu übermitteln,

Beladung des Königs der Belgier, wird am 18. November, vormittags 9 Uhr, vor dem vierten Straßengericht verhandelt werden.

Das Landgericht in Braunschweig verurtheilt den Parteigenossen August Günther, früheren Redakteur des „Braunschweiger Volksfreunds“, zu 100 M. Geld und zu den üblichen Nebenstrafen wegen Verleumdung der dortigen Polizeidirektion. Wegen derselben Sache wurden zwei Redakteure bürgerlicher Blätter zu 80 und 100 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verleumdung ist in dem Bericht über eine Verhandlung der Zivilkammer des Landgerichts gefunden worden, der vom „Tageblatt“ und der „Landeszeitung“ gebracht worden war und aus dem der „Volksfreund“ einen Auszug gebracht hatte.

Wegen Verleumdung des Oberbergamts Weisleder wurden die früheren verantwortlichen Redakteure des „Volksblatts für Anhalt“, Weller und Ranschow in Dessau, zu 10 Tagen beziehentlich 3 Wochen Gefängnis verurtheilt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

In der Fahrrad- und Nähmaschinen-Fabrik von Stöwer in Stettin dauert der Ausstand fort. In einer Versammlung, die von den Streikenden am Sonnabend abgehalten wurde, wurde von den Vertretern anderer Gewerkschaften den Ausständigen Unterstützung zugesagt. Besonders machen wir darauf aufmerksam, daß der Zugzug ferngehalten ist.

Ein Strafmandat von 50 M. hat Genosse Gustav Glade, wohnhaft in Zwickauer Stadtrath erhalten, weil er durch Verbreitung von Probenummern des „Betrug der Eisenbahner“ vor dem Bahnhof an dort verkehrende Bahnarbeiter groben Unfug verübt haben soll.

Sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Gussstahl-Angelegenheit in Schwebach — etwa 140 — sind in den Ausstand getreten. Die Ursache des Streiks ist auf die schlechte Behandlung, die den Arbeitern zu Theil wurde, zurückzuführen.

Das Dresdener Gewerkschaftskartell vereinbarte — nach dem gedruckt vorliegenden Bericht — im verflochtenen Sommerhalbjahr 2079,85 M., die Ausgabe beträgt 1902,55 M. Im Kartell sind zur Zeit 14 009 in 50 Gewerkschaften organisierte Arbeiter durch 69 Delegirte vertreten. Im vorigen Halbjahr waren nur 47 Gewerkschaften vertreten. Die Agitation wurde hauptsächlich energisch unter den Eisenbahnarbeitern betrieben.

Der Streik der Arbeiter in der Bronzewaren-Fabrik von Nafcke u. Co. in Reich dauert fort. Beihilft sind noch 15 Mann, die übrigen bekamen andere Arbeit.

Wegen Verleumdung Arbeitswilliger hat die Lübecker Strafkammer eine überaus harte Strafe gegen drei Angeklagte verhängt, indem sie auf eine Gefängnisstrafe von zwei, drei und vier Monaten erkannte. Die Angeklagten, drei Tischler, sollen während des Tischlerstreiks einige Arbeiter, die sich dem Streik nicht angeschlossen hatten, durch die Worte Nippack und Lump beleidigt haben. Erschwerend für die Angeklagten kam weniger die Form der Verleumdung als die begleitenden Umstände in Betracht. Das Schöffengericht hatte vorher in der gleichen Sache zwei Angeklagte zu je sechs Wochen und den dritten zu einem Monat verurtheilt.

Ausland.

Die Eisenbahnbeamten Oesterreichs haben beschlossen, ihr Organ „Das Flugrad“ einzubringen zu lassen. „Der Eisenbahner“, das Organ der Eisenbahnarbeiter, wird in Zukunft auch die Interessen der Beamten wahrnehmen. Mit Recht nicht „Der Eisenbahner“ diesem Beschluß eine große Bedeutung bei; die Interessen der angestellten unteren Beamten — und diese kommen vorläufig allein in Betracht — und die der Arbeiter seien in der Regel doch dieselben. Die Beamten haben mit ihrem Entschluß gezeigt, daß sie begriffen haben, daß der Beamtenbund sie nicht vorwärts bringt.

Buchbinder-Ausstand in Bern. Das gesammte Personal der beiden Geschäftsbücher-Fabriken Heber u. Eöhne und Müller u. Co. in Bern ist seit Montag den 11. Oktober in den Ausstand getreten. Die Forderungen lauten auf neunstündige Arbeitszeit und Festsetzung von Minimallohnen. Es stehen insgesamt 85 Personen aus.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Sidney Webb vertritt in „Daily Chronicle“ die Ansicht, daß das Handelsamt auf Grund der Conciliation-Akte berechtigt und verpflichtet wäre, die Parteien in offiziieller Weise zu Unterhandlungen einzuladen. Die bis jetzt erfolglosen Unterhandlungen waren nur privater Natur gewesen. — Bei der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands sind bis zum 15. Oktober folgende Beiträge für die streikenden Maschinenbauer eingelaufen:

Berband der Schiffszimmerer . . .	M. 200,—
Berband der Lagerholzer . . .	100,—
Zentralverein der Bildhauer . . .	2000,—
Zentralverein der Bildhauer (Savoverein Berlin) . . .	250,—
Zentralverband der Bronzer . . .	300,—
Berband deutsch. Berg- u. Hüttenarbeiter . . .	300,—
Berband der Dachbeder . . .	50,—
Berband der Sattler und Tapezire . . .	200,—
Berband der Bauarbeiter . . .	100,—
Buchdruckerei von Schriener, Berlin . . .	5,—
Zentralverein der Formner, 1. Klasse . . .	500,—
Berband der Studenten . . .	100,—
Berband der Vergolder . . .	100,—
Vom 13. Bezirk in Mlonn . . .	10,—
Tabakarbeiter, Jahnstraße Godesk . . .	10,—
Gottha, Gewerkschaftskartell . . .	80,—
Reinmünster, Gewerkschaftskartell . . .	200,—
Spandau, Gewerkschaftskartell . . .	25,—
Summa: M. 4886,—	

Zur Baumwollenkrisis schreibt man uns aus London: Der Fabrikantenbund behauptet jetzt, die nöthige Anzahl Unterschriften zusammen zu haben, um die geplante Lohnermäßigung ins Werk setzen zu können. Ursprünglich war die Zahl von 27 Millionen Spindeln, d. h. 80 pCt. von im ganzen 34 Millionen Spindeln, als die Mindestzahl festgesetzt worden, die zu dem gemeinsamen Vorgehen erfordert sei. Das heißt, die verkündeten Firmen müßten von den 34 Millionen Spindeln, die in Lancashire registriert sind, 80 pCt. vertreten. Die 27 Millionen sind aber noch nicht in den Bund gezogen, vielmehr waren es vorige Woche erst 25 Millionen. Der Bund erklärt aber, daß er nichts gemacht hat. Es habe sich herausgestellt, daß verschiedene Spinnereien schon still gesetzt sind, also von der Totalsumme in Abzug gebracht werden müßten, und außerdem liefen jeden Tag neue Beitrittserklärungen ein. Der Tag der Aktion sei somit gekommen. Sie werden also eine Konferenz mit den Vertretern der Arbeiter abhalten und ihnen den Vorschlag machen, die Produktion einzuschränken und eine Lohnermäßigung von fünf Prozent eintreten zu lassen. Gehen die Arbeiter nicht darauf ein oder kommt keine andere Einigung zu stande, so werden die Fabriken bis auf weiteres geschlossen werden.

Die Arbeiter haben diese Bewegung unter den Unternehmern bisher ohne größere Erregung, wenn auch nicht ohne gespanntes Interesse verfolgt. Erstens ist sie ihnen nichts Neues, und dann sind sie über den trostlosen Stand des Werkes zu gut unterrichtet, um sich zu verheimlichen oder es zu bestreiten, daß in der einen oder anderen Weise Opfer werden gebracht werden müssen. Sie wissen, daß viele Spinnereien mit positivem Verlust betrieben werden und daß auf dem ganzen Markt die Differenz zwischen dem Preis der Rohbaumwolle und dem verfertigten Garn zur Zeit so gering ist, daß das in den Fabriken angelegte Kapital im Durchschnitt noch nicht einmal zum Bankzins verzinst wird. Es giebt keine zweite Industrie, wo die Arbeiter so genau über alle Einzelheiten des Geschäfts

unterrichtet sind, wie in der Baumwoll-Industrie, und namentlich in der Baumwollspinnerei Lancashire's.

Unter diesen Umständen ist von einer Erbitterung gegen die Unternehmer, wie sie bei einem Theil der kämpfenden Maschinenbauer zu Tage tritt, in Lancashire nicht die Rede. Vertreter der Arbeiter diskutieren die Frage in der Presse mehr wie einen Geschäftskampf als einen Klassenkampf. Allerdings ist dabei nicht zu vergessen, daß die vornehmlich das Wort dabei führenden Spinner mehr Werkführer als Arbeiter sind und ihre privilegierte Stellung in der Industrie zum Theil auf Kosten anderer Arbeiter innehaben. Indes wenn es zu einer Lohnreduktion kommt, werden sie so gut betroffen wie die anderen Arbeiter, und so werden sie ihr mögliches thun, einer solchen auszuweichen. Sie haben, bei etwas über 18 000 Mitgliedern, 198 770 Pfd. Sterl. Klassenvermögen und können so im Nothfalle eine ziemliche Weile aushalten. Es ist indessen noch nicht entschieden, daß es zum Ausstand kommt. Bei der Gemüthsverfassung, in der Principale und Arbeiter sich treffen, ist eine Einigung auf eine Projedur, bei der beide Theile zu ihrem Recht kommen, nicht ganz ausgeschlossen. Ein Theil der Arbeiter soll diesmal Neigung zeigen, die Lohnreduktion als das kleinere Uebel über sich ergehen zu lassen, sobald die Meister sich verpflichten, bei Eintreten besserer Preisverhältnisse entsprechende Steigerungen eintreten zu lassen. Jedenfalls ist hier von keinem „Zertrümmern der Organisation“ die Rede; die Principale sind froh, daß Arbeiterverbindungen existieren, mit denen sie verhandeln können.

Unternehmer-Verbände.

Der Verein Hamburger Rheder hat am Sonnabend beschlossen, ein gemeinsames Feuerbureau einzurichten, das die An- und Abmusterungsgeschäfte für die sämmtlichen Hamburger Rhederereien — mit Ausnahme der Hamburg-America-Linie, die schon lange ein eigenes Bureau hat — besorgen soll. Ueber diesen Beschluß wird uns aus Hamburg geschrieben: Ganz zweifelsohne wird dadurch den gewissenlosen, die Seeleute auf das schmachlichste ausbeutenden Feuerboasern und den mit ihnen Hand in Hand gehenden Schlafboasern das Handwerk zu einem guten Theil gelegt, da man den Arbeitern jedoch jealose Mitwirkung in dem Feuerwesen versagt, sind die Wünsche der Seeleute nur zu einem Theil erfüllt.

Der Grobböck-Verband wird durch außerhalb des Kartells stehende Werke arg geschädigt. Es wurde deshalb auf der am 15. und 16. d. Mts. in Berlin tagenden Generalversammlung beantragt, Grobbleche, geschweißte Blechröhren und sonstige aus Blech hergestellte geschweißte Rosttheile, soweit sie von den ausstehenden Werken hergestellt werden, der Konkurrenz frei zu geben. Mit diesem Antrag scheitern aber die Antragsteller nicht durchgedrungen zu sein, denn es verlautet, daß der Verband in Wettbewerb mit den außerhalb des Verbandes stehenden Werken treten will, d. h. es werden vom Verband die Preise noch unter dem niedrigsten Angebot normirt werden.

Soziales.

Den achtstündigen Arbeitstag hat, wie das „Niederlausitzer Volksblatt“ mittheilt, in Finsterwalde die Gussfabrik von Julius Busse zufolge einer Uebereinkunft mit den Arbeitern eingeführt.

Arbeiter-Risiko. Aus Köpenick i. Pr. wird gemeldet: In der Zuckersabrik Zapian wurden durch stehenden Zufersall zwei mit Reparaturarbeiten beschäftigte Schlosser, Pawlowsky und Wader-nagel, demart verbrannt, daß sie ihren Verletzungen erlagen. Den Behörden ist Anzeige gemacht.

Der Magistrat von Würzburg hat, einer Anregung des Arbeitsamtes entsprechend, beschlossen, daß im Winter städtischerseits so viel als möglich Arbeiten vorgenommen und während der Wintermonate in erster Linie verheirateten Personen durch das Arbeitsamt Arbeiten zugewiesen werden sollen.

Die Arbeitskammer in Birich richtete eine Eingabe an den Stadtrath, worin auf die bevorstehende Arbeitslosigkeit aufmerksam gemacht und Vorschläge zur Beschäftigung der Arbeitslosen gemacht wurden.

Zum Schutze der Cigaretten-Arbeiterinnen hat sich, wie aus Madrid gemeldet wird, eine Vereinigung französischer, spanischer und italienischer Frauen gebildet, die den Erlos von Schutzgesehen für die Gesundheit der bei der Cigaretten-Fabrikation beschäftigten Frauen anstrebt. Die Vereinigung hat eine Anzahl ärztlicher Gutachten darüber gesammelt, in welchem hohem Maße die Sterblichkeit der Frauen durch die Einathmung der mit Tabakstaub geschwängerten Luft der Cigaretten-Fabriken gefährdet wird. Sie wendet sich in einem Auftruf an die Männerwelt, für ihren Bedarf an Cigaretten etwas mehr zu bezahlen, da nur durch eine wesentliche Abkürzung der Arbeitszeit viele tausende von lungentranken Cigaretten-Arbeiterinnen am Leben erhalten werden könnten.

Gewerkschafts-Beitrag.

Der Gastwirth Grindel aus der Brunnenstraße stand gestern vor dem hiesigen Schöffengericht, um sich wegen Verleumdung zu verantworten. In einer Julinacht stand seine Ehefrau mit zwei anderen Frauen plündernd im Hause seines Bekants, in dessen Besitz ein Vergnügen abgehalten wurde. Plötzlich kam ein fremder Mensch von der entgegengesetzten Seite der Straße auf die Frauen zu, redete etwas von „Butter-geschäft“ und ging dann in den Hausflur des Nebenhanfes hinein. Der Angeklagte, welcher von den Frauen gehört hatte, daß sie belästigt worden seien, ging auf die Straße und traf den Fremden gerade, als er wieder aus dem Hause herauskam. Er forderte ihn auf, ihm seinen Namen zu nennen und zu sagen, was er eigentlich wolle, und als dies nicht geschah, rief Grindel dem in der Nähe stehenden Schutzmann Schulz zu: „Stellen Sie doch mal diesen Strolch fest, der hat meine Familienmitglieder belästigt!“ Der Schutzmann Schulz sagte, daß dies nicht möglich sei, da er für die Person des Mannes, den er sehr gut kenne, vollständig einstehe, der Angeklagte wiederholte aber das Wort „Strolch“ noch einmal. Thatsächlich war nun aber der Fremde ein Sitten-schundmann, der in Gemeinschaft mit einem Kollegen auf eine Prostituirte Jagd machte. Er behauptet, zu den Frauen hinübergegangen zu sein, weil die Beamtin glaubten, bemerkt zu haben, daß das betreffende Mädchen in das Grindel'sche Haus oder in das Nebenhaus getreten sei. Der Beamte bestritt, sich einer Verleumdung der Frauen schuldig gemacht zu haben. Der Staatsanwalt bestritt dem Angeklagten das Recht, in dieser Form seine Damen vor einer vermeintlichen Belästigung zu schützen und beantragte wegen der vorliegenden Verleumdung 80 M. Geldstrafe eventuell 6 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof sah die Sache milde an und erkannte auf nur 3 M. Geldstrafe event. 1 Tag Gefängnis.

Auf der Schwelle seiner Drofsche hatte der Drofschlenkutscher Engler eines Tages Plaz genommen, als er mit seinem Gefährt am Straußberger Plaz hielt. Der Schutzmann 4710 kam des Weges und gab dem Kutscher bekannt, daß es unvorschriftsmäßig sei, dort zu sitzen. Engler bedeutete dem Wanne des Gesetzes, daß es keine Vorschrift gebe, welche dem Kutscher das Sitzen auf der Drofschlenkschwelle verbiete, doch war der Beamte anderer Meinung, und das Resultat der Unterredung war, daß der Mann auf der Schwelle ein auf 9 M. lautendes Strafmandat erhielt. Engler erhob Einspruch und wies in der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht nach, daß der Kommissar für das öffentliche Fußwesen noch niemals an der angeblichen Verletzung Anstoß genommen hat. Das Gericht folgte den Ausführungen des Drofschlenkutscher's und erkannte auf Freisprechung, trotzdem der Amts-anwalt gar eine Strafe von 10 M. beantragt hatte.

Wegen fahrlässiger Föddung wurde gestern der Bierfahrer Carl Eduard Braun zur Verantwortung gezogen. Am der Ecke der August- und Krillierstraße ereignete sich Anfangs Juli ein sehr bedauernder Unglücksfall. Ein um die Ecke fahrender Radfahrer ließ das vorschrittswähige Warungssignal erlösen, erkrachte damit

aber eine gerade über den Damm gehende Frau derartig, daß diese zur Erde stürzte. Hinter dem Radfahrer fuhr der Angeklagte mit seinem Bierwagen in ziemlich schnellem Tempo gleichfalls um die Ecke, er achtete nicht der am Boden liegenden Frau, der schwere Bierwagen ging der Unglücklichen vielmehr über den Hals und führte ihren Tod fast unmittelbar herbei. Der Staats-anwalt machte den Angeklagten für diesen traurigen Ausgang verantwortlich, weil er, entgegen der Vorschrift, im Trabe um die Ecke gefahren sei und auch sonst nicht die gehörige Vorsicht bewiesen habe. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Der Student der technischen Hochschule Karl Kornach, welcher gestern vor dem Schöffengericht stand, sollte sich des Verbrechens in drei Fällen zum Nachtheile der Stadtbahn schuldig gemacht haben. Der Angeklagte war gefänglich, wollte aber aus Unwissenheit gehandelt haben. Er hatte im Monat August täglich die Stadtbahn von Station Thiergarten bis Jannowitzbrücke zu benutzen, war aber nur im Besitze einer Abonnementkarte zwischen Bellevue und Jannowitzbrücke. Er hatte also vom Thiergarten bis Bellevue ein Zuschlagbillet für 10 Pf. zu lösen. Er hat dies gefändlich in drei Fällen gethan, beim Verlassen der Bahn an der Jannowitzbrücke aber nur seine Abonnementkarte vorgezeigt und die Zuschlagbilletkarte behalten. Die letztere hat er dann am folgenden Tage für die Rückfahrt von Bellevue bis Thiergarten benutzt. Der Angeklagte wollte der Auffassung gewesen sein, daß er zu seiner Handlungsweise berechtigt sei. Das Zuschlagbillet gelte für fünf Stationen und er meine, daß er nicht den Schaden zu tragen brauche, wenn er nur eine Theilstrecke der Fahrt zurücklegen könne. Deshalb habe er dieselbe Karte am folgenden Tage wiederum für eine kurze Strecke, den fünften Theil der Strecke zwischen fünf Stationen, benutzt. Der Vorsitzende wies den Angeklagten auf das Thörichte seiner Ansicht hin. Er könne doch unmöglich glauben, daß er, wenn er an einem Tage eine Pferdebahnkarte für 10 Pf. löse und nur einen Theil der zulässigen Strecke abfähre, dann den Rest der Fahrt am folgenden Tage für dieselbe Karte zurücklegen könne. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Blaschauer, führte aus, daß der Angeklagte thatsächlich ein Trummer von unklaren Ansichten sei, der sich im guten Glauben befinden habe. Der Gerichtshof konnte sich diesen Ausführungen aber nicht anschließen, sondern verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 9 M.

Am gestrigen Tage beschäftigte sich im Prozeß Sternberg der Gerichtshof mit der Prüfung der Bilanzen, welche von der königlichen Staatsanwaltschaft bemängelt wurden. Insbesondere wendet sich diese Bemänglung gegen die bei dem Liquidationsbeginn der Vereinsbank aufgestellte Bilanz. In dieser sei ein Posten enthalten, in welchem die Debitoren und Kreditoren zusammengezogen und nur die Differenz zwischen beiden angegeben sei. Die Sachverständigen erklärten aber, in dieser Bilanzierung eine Verschleierung nicht erblicken zu können. Der Staatsanwalt hat fikt dieser Bilanz eine andere aufgestellt, bezw. nach Grundrissen, die er angegeben, durch den verstorbenen Bücherrevisor Müller aufstellen lassen. Hierbei sind diejenigen Forderungen, welche schon mehrere Jahre ausstehen und noch nicht eingelagert waren, als völlig werthlos einfach ausgeschlossen worden. Die vernommenen Bücherrevisoren konnten nicht zugeben, daß die längere Nichteintragung die Werthlosigkeit der Forderungen kennzeichnet und ohne weiteres dazu berechtige, die letzteren ganz abzustreichen. Ferner waren die Bedarfsaufwandsbilanzen dahin einig, daß die in der Staatsanwaltschaftlichen Bilanz nicht berücksichtigten Forderungen an den Rheinisch-Westfälischen Bergwerksverein u. a. nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme als vollwertig zu betrachten seien.

Eine nicht unwichtige Entscheidung bezüglich der Auslegung der Polizei-Verordnung vom 5. November 1896 fällt gestern die 144. Abtheilung des Amtsgerichts I. Der Handelsmann Gustav Anglin hatte ein polizeiliches Strafmandat von 2 M. erhalten, weil an seinem Firmenschild der Vorname nicht deutlich sichtbar war. § 1 jener Verordnung schreibt nämlich vor, daß entweder die handelsgerichtliche eingetragene Firma oder der ausgeschriebene Vor- und Name des Inhabers an dem betreffenden Geschäftlokal deutlich sichtbar angebracht sein muß. Der Angeklagte erhob gegen das Strafmandat Widerspruch. In der gestrigen Verhandlung wurde durch den revidirenden Polizeileutnant festgestellt, daß des Angeklagten Vorname „Gustav“ auf einem kleinen Porzellanchilder unter dem eigentlichen Firmenschilder angebracht war, während letzteres nur die Aufschrift G. Anglin hatte. An dem Fenster befand sich ebenfalls die Aufschrift G. Anglin. Trotzdem blieb der Angeklagte dabei, daß er der Polizeivorschrift genügt hätte, weil diese nur verlangte, daß sich e b e n s a l l s der ausgeschriebene Vorname des Inhabers an dem Geschäftlokal befinden. Der Staatsanwalt hielt diese Ansicht für irrig und beantragte 3 M. Geldstrafe. Die Verordnung sei zu dem Zwecke erlassen worden, daß jederzeit der Inhaber des Geschäftes festgestellt werden könne; vor Erlass derselben sei es unmöglich gewesen, des Inhabers habhaft zu werden. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an und erkannte auf 2 Mark Geldstrafe, weil das erwähnte Porzellanchild den Anforderungen nicht genüge.

Ein neuer Habereyprozeß, der sich gegen ein Angeklagte richtete, hat sich dieser Tage vor dem Landgericht München II abgespielt. Wenn Angeklagte wurden zu 3/2—1/2 Jahren, zwei, die das Vier herangeschafft hatten, zu je 7 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Deutschen und letzte Nachrichten.

Leipzig, 19. Oktober. (W. Z. B.) Heute Mittag wurde die Sächsisch-Thüringische Industrie- und Gewerbe-Ausstellung feierlich geschlossen.

Paris, 19. Oktober. (W. Z. B.) Der Wiederzusammentritt des Parlaments vollzog sich in vollkommener Ruhe. — Der Senat vertagte sich nach einer nur der Erledigung von Formalitäten gewidmeten Sitzung bis Freitag. — Die Kammer verhielt über die Festsetzung der Tagesordnung und beschloß auf Antrag Meines die Sitzungen am Sonnabenden der Beratung von Interpretationen zu widmen. Daraus wurde die Sitzung aufgeschoben.

London, 19. Oktober. Nach einer Meldung des „Meuter'schen Bureau“ aus Abahamed vom 17. d. Mts. überließ eine Patrouille berittener Terwische eine Ortschaft 7 Meilen nördlich von Berber, tödtete 11 Einwohner, nahm eine Anzahl Weiber und Kinder gefangen und trieb Vieh weg. Von Berber aus zur Verfolgung der Terwische entsandte berittene Truppen hießen mit denselben fünfzehn Meilen östlich von Berber zusammen. Nach heftigen Kämpfen ließen die Terwische alle Gefangenen und die Beute im Stich und flohen in der Richtung auf den Abava.

Barcelona, 19. Oktober. (W. Z. B.) Vergangene Nacht erfolgte die Freilassung aller jener Personen, welche als Anarchisten gefangen saßen, aber in keinen Prozeß verwickelt sind.

Besgrad, 19. Oktober. (W. Z. B.) Der König nahm die Demission des Kabinetts an und betraute dasselbe mit der Leitung der Geschäfte bis zur Neubildung des Kabinetts.

Rauca, 19. Oktober. (W. Z. B.) Als heute Gendarmen versuchten, mehrere Missethäter zu verhaften, wurden sie von den letzteren mit Revolvergeschossen empfangen. Beiderseits kamen Verwundungen vor. Die Gendarmen hatten das Feuer erwidert. In der Stadt herrscht große Aufregung.

Konban, 19. Oktober. (Meuter's Bureau) Nach hier eingegangenen Berichten ist in dem Dorfe Zallundur im Distrikt Punjab die Pest ausgebrochen. 23 Todesfälle sind vorgekommen. Man nimmt an, daß die Krankheit durch Pilger, welche aus der heiligen Stadt Hurdwar zurückkehren, eingeschleppt worden.

Enakim, 19. Oktober. (W. Z. B.) Der Kreuzer „Kosmos“ der russischen Freiwilligen Flotte ist am 14. d. M. auf ein Felsenriff am Elba Fjeld im Nordens Meer ausgefahren. Der britische Dampfer „Raderi“ ist dorthin zur Hilfeleistung abgegangen.

Chicago, 19. Oktober. (W. Z. B.) Der Vorsitzende der Pullman-Schlagwagent-Gesellschaft George M. Pullman ist heute plötzlich an einem Herzleiden gestorben.

Toxales.

Nahrungsmittel-Untersuchung. Schon in alten Zeiten haben gewissenlose Gastwirthe am edelsten der Gewächse eine Tausche vollzogen — sie verwässerten den Wein. Strenge Strafen wurden darauf gesetzt, doch ist nicht bekannt, daß wegen Verfälschung anderer Genuss- oder Nahrungsmittel Strafen angedroht wurden. Jedemfalls lohnte sich als früherer Zeit die Verwässerung minderwerthiger Bestandtheile an Nährstoffen nicht, oder, was wahrscheinlicher ist, man konnte die Verfälschung nicht feststellen. Wissenschaftliche Apparate standen nicht zur Verfügung und mit der Zunge allein war nur selten zu constatiren, ob irgendwelche Mischungen zum Nachtheile des Käufers vorgenommen waren. Mit der Erfindung der vielen jetzt üblichen Nahrungsmittel-Untersuchungsmittel sind die Verunreinigungen und Verfälschungen in ungeheurer, als Gegengewicht wurden aber auch die Apparate zur Nahrungsmittel-Untersuchung erfunden. Die bedeutendste Rolle bei der Nahrungsmittel-Untersuchung spielt das Mikroskop. In der Nahrungsmittel-Untersuchung findet man z. B. in der Abtheilung des Kriegsministeriums eine Reihe von Mikroskopen aufgestellt, in denen man alle möglichen Verunreinigungen und Verfälschungen des Mehles beobachten kann. Als unbedeutendste Verunreinigungen erblicken wir dort Roggenmehl mit Weizenmehl und Mutterkorn. Aus Verrechnung ist dagegen dem Weizenmehl Glus und Knochenmehl zugesetzt. Alle Verunreinigungen sind leicht im Mikroskop an der Stodigkeit und der braunen Farbe zu erkennen. Auch verschiedene Zeichnungs-Präparate sind zu beobachten. Ferner sind in dieser Abtheilung Photographien von den Untersuchungen über das Soldatenbrot zu sehen, sowie große Kasten mit sämtlichen Apparaten zur bakteriologischen Untersuchung, ebenso Apparate zur Wasseruntersuchung. Proben von Körnern und Hülsenfrüchten aus sämtlichen Armeekorps-Bezirken, die ihrem Gehalt und Werth nach mit gering, mittel oder gut bezeichnet sind, findet man in mehreren hundert Glasbüchsen. Dr. Jeserich kam es nicht darauf an, Verfälschungen darzustellen, er wollte nur den Nährwerth der verschiedenen Nahrungsmittel geben. In seinen interessanten Präparaten erkennt man, wie wenig Nährstoff die Gemüse haben, wie dagegen Hülsenfrüchte und Fleisch, vorausgesetzt eine Menge für den gleichen Preis, sich die Waagschale halten, aber vom Fisch bedeutend übertrieben werden. Das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt der Landwirtschaftskammer hat Dr. Wollny'sche Apparate zur Untersuchung von Milch, Butter und Margarine ausgestellt. Der Raum des Untersuchungsamtes, in dem täglich zu verschiedenen Zeiten Vorträge mit Demonstrationen gehalten werden, macht den Eindruck eines Laboratoriums. Die Untersuchung der Milch ist von besonderer Wichtigkeit, da sie ja vielfach als Nahrungsmittel dienen muß. Ihre Güte hängt von ihrem Fett- und Eiweißgehalt ab. Da jedoch nicht in allen Fällen, wo Milch den vorgeschriebenen Gehalt nicht hat, beabsichtigte Fälschung vorliegt, sondern sehr häufig die Fütterung der Thiere mangelhaft ist, ist eine Untersuchung der Milch auf ihre Bestandtheile von hoher Bedeutung; kann doch bei richtiger chemischer Feststellung der Mängel durch eine entsprechende Aenderung in der Fütterung die nöthige Nährkraft der Milch erzielt werden. Die Wollny'schen Apparate, mit denen auch Butter und Käse untersucht wird, sind wohl die vollkommensten auf diesem Gebiete und hochinteressant im Betriebe zu sehen.

Leider sind eine ganze Reihe von lödlichen Nahrungsmittel-Verfälschungen nicht in der Ausstellung vorgeführt. Dahin gehört Butter, die meist mit Mehl gefälscht und mit Fuchsin gefärbt wird; verdorbene Wurst kann an süßlichem oder fauerem Geruch erkannt werden. Kaffee, der mit grobem Sesam, Roggen, Eicheln und vielem anderen, Gewürze, die mit Brotkrumen, Leinsamenmehl und Zhon gemischt werden, kann man wie das Mehl, leicht durch das Mikroskop untersuchen und, wenn man eine einwandfreie Probe daneben hat, mit Erfolg selbst Verfälschungen feststellen. Butter, die mit Kreide und Kartoffelmehl durchsetzt ist, erkennt man an ihrem körnigen Geschmack; dagegen sind Mischungen mit Margarine, die übrigens die Butter im Nährwerth nicht herabsetzen, nur aus chemischem Wege zu ermitteln; ebenso die vielfachen, oft sehr gesundheitsschädlichen Bierverfälschungen. Da aber nur wenige die Zeit und Gelegenheit haben dürften, ihre Nahrungsmittel zu untersuchen, so müssen sie sich nach wie vor auf den allerdings oft belüglichen Apparat: Zunge und Gaumen beschränken und im übrigen dem Verkäufer vertrauen.

Für die Sonntagsarbeit in Molkereien hat der Bundesrath, wie aus einer gestern im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Bekanntmachung hervorgeht, eine Anzahl Ausnahmen zugelassen. Die Bekanntmachung, deren Bestimmungen sofort in kraft treten, hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des § 105 d der Gewerbe-Ordnung hat der Bundesrath beschlossen: 1. In der Tabelle, welche der Bekanntmachung vom 5. Februar 1895 (Reichs-Gesetzbl. S. 12), betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, beigelegt ist, sind in dem Abschnitte G (Nahrungsmittel und Genussmittel) hinter den Bestimmungen zu Ziffer 6 folgende Bestimmungen einzufügen:

Gattung der Betriebe.	Bezeichnung der nach § 105d zugelassenen Arbeiten.	Bedingungen, unter welchen die Arbeiten gestattet werden.
1.	2.	3.
7. a) Molkereien mit Ausnahme der Betriebe, welche ausschließlich oder vorwiegend fette oder halb-fette Hartkäse herstellen.	Bei täglich einmaliger Milchlieferung der Betriebe während sechs Stunden bis 12 Uhr mittags, bei täglich zweimaliger Milchlieferung der Betriebe während sechs Stunden bis 12 Uhr mittags und während zweier Nachmittagsstunden.	Den Arbeitern ist mindestens an jedem dritten Sonntage die zum Besuche des Gottesdienstes erforderliche Zeit freizugeben.
b) Molkereien, welche ausschließlich oder vorwiegend fette oder halb-fette Hartkäse herstellen.	Der Betrieb ohne Beschränkung auf die vorstehend unter a bezeichneten Stunden. Diese Ausnahme findet in der Zeit, wo die Herstellung fester oder halbfester Hartkäse sich auf die sogenannten Kellrarbeiten beschränkt, keine Anwendung; für diese Zeit gelten vielmehr die Bestimmungen unter a.	Die Arbeiter dürfen innerhalb der Zeit vom Sonnabend Abend 8 Uhr bis zum Montage früh 6 Uhr, im ganzen nicht länger als 18 Stunden, beschäftigt werden.

Ob es nöthig war, an Sonntagen eine achtstündige Arbeitszeit zuzulassen, mag billig zu bezweifeln sein, wenn an sich auch nicht verkant werden soll, daß in den berüchtigten Betrieben sich eine Verkümmern der Sonntagsruhe noch am besten rechtfertigen läßt.

Von einer Beendigung des Pferdebahn-Krieges ist immer noch keine Rede. Der Magistrat hat jetzt der Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft zur Abgabe einer Erklärung über die endgültige Annahme oder Ablehnung des neuen Vertrages über die Einführung des elektrischen Betriebes und des Baues neuer Linien eine letzte Frist von zehn Tagen gesetzt, wie jetzt von der Wagen-Gesellschaft an die Öffentlichkeit gebracht wird. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte Frist bis zum 30. n. M. zu geben beschlossen. Der Magistrat verlangt eine bindende Erklärung über Annahme oder Ablehnung

des Vertrages in allen seinen Theilen und in der Fassung nach dem Gemeindebeschlusse vom 30. Juni dieses Jahres. Auf eine theilweise Annahme oder neue Verhandlungen will der Magistrat nicht mehr eingehen. Erfolgt ein ablehnender Bescheid, so leitet der Magistrat ohne jeden Zeitverlust Verhandlungen mit anderen Unternehmern wegen der Vergebung derjenigen neuen Linien ein, die der Charlottenburger Straßenbahn zugeordnet waren. Die Entscheidung muß also bis zum Anfang nächster Woche fallen. Die Straßenbahn pocht auf die vierzigjährige Konzession, die sie für ihre Hauptlinie zum Kupfergraben hat, und droht, dort so lange den veralteten Tarif aufrecht zu erhalten, falls nicht das Polizeipräsidium die Fahrpreise herabsetzt, was diesem nach dem Kleinbahngesetz vom fünfsten Jahre, d. h. von März 1902, an zusteht. Doch läuft der Vertrag mit der Stadt Berlin wegen dieser Linie nur bis 1911. Ueber deren Verlängerung sind Verhandlungen im Gange.

Der Polizeipräsident hat über die Handhabung der Berliner Bau-Polizei Ermittlungen angestellt. In der Hauptversammlung der Bau-Polizei wurde der vorgelegten Entwurfs erforderliche Zeit im Durchschnitt noch immer zwölf Wochen betrage. Herr von Windheim hat darauf Veranlassung genommen, mittels Stichprobe festzustellen, wie viel Zeit — gerechnet vom Eingang des Antrages bis zur Ertheilung des Bau-Ausschusses — die bau-Polizeiliche Prüfung und Genehmigung thatsächlich erfordert hat. Die zur Klein-Schrift der Bau-Scheine nöthige Zeit wurde hierbei außer acht gelassen. Es wurden gleichmäßig auf allen Bau-Zuspektionen eine Anzahl von Baugenehmigungen, umfassend die Zeit vom Januar bis September d. J., herausgegriffen, im ganzen 119. Von diesen wurden erledigt: 63 Gesuche in einer Zeit von 40 Tagen, 15 in 45 Tagen, 26 in 60 und 15 in mehr als 60 Tagen. Durchschnittlich haben die 119 Gesuche eine Bearbeitungszeit von je 44 Tagen erfordert.

Zur Angelegenheit der Bäcker-Verordnung. Im Fachblatt der Bäcker-Gesellen lesen wir: Gegenwärtig werden in der Berliner Bäcker-Zunft von den Polizeibehörden Erhebungen angestellt, welche augenscheinlich der Regierung als Material bei einer event. Aenderung der Bäcker-Verordnung dienen sollen. Unter anderem wird gefragt, wie viel Gesellen und Lehrlinge im Betriebe beschäftigt sind und ob die achtsündige Ruhezeit eingehalten wird. Wir erlauben den Kollegen, sich bei der Umfrage nicht durch die Gegenwart des Meisters einschüchtern zu lassen, sondern auf alle Fragen genau und wahrheitsgemäß zu antworten.

Der Anarchist Koshemann, der im Zuchthause in Sonnenburg seine Strafe verbüßt, hat an seinen früheren Verteidiger Dr. Wehrhan einen Brief gerichtet, in welchem er denselben bittet, das Wieder-Aufnahme-Verfahren zu betreiben. Er sei vollständig unschuldig.

Die Hülsenfröschler, welche der Redakteur Fink von der Stumm'schen „Post“ nach den ihm von Nordmacher Fischer ausgedruckten Mindergehalt verfaßt hat, ist am Sonnabend den Arbeiter der Schwarzkopff'schen Maschinenfabrik ganz unvorsichtiger Weise überreicht worden. Es muß miserabel um die geistigen Waffen des arbeiterfeindlichen Arsenals bestellt sein, wenn die Unternehmer in ihrer politischen Buth gegen die ihnen über den Kopf wachsende Sozialdemokratie bereits zu so unfauberen Mitteln greifen.

Zur Frage der Renoncessionierung der Singpielhallen wurde in der letzten Sitzung der Vereins der Saalbesitzer für Berlin und Umgebung mitgetheilt, daß nach einer vom Vorstände beim Polizeipräsidium eingeholten Auskunft diejenigen Singpielhallen-Inhaber, welche sich nach § 83 der neuen Gewerbe-Ordnungsnovelle um eine neue Konzession beworben haben, nach der alten Konzession so lange weiter spielen lassen können, bis sie vom Polizeipräsidium einen Bescheid über ihr Renoncessionsgesuch erhalten haben. Bis zur Ertheilung des Bescheides dürfte bei den massenhaft eingegangenen Gesuchen noch einige Zeit vergehen.

Unter stützen-Polizeilicher Aufsicht standen nach amtlicher Meldung zu Anfang 1896 in Berlin 4995 weibliche Personen. Im Laufe des Jahres kamen hinzu 1128, zusammen 6123. Es gingen ab: wegen Eintritts in ein Dienst- und Arbeitsverhältnis 487, wegen Verheirathung 84, wegen Fortzugs von Berlin 250, wegen Krankheit 17, wegen Verbüßung längerer Freiheitsstrafen 151, verstorben 86, zusammen 1028. Within blieben Ende 1896 unter Aufsicht 5098.

Die preussischen Behörden haben neuerdings gestattet, daß auch den russischen Auswanderern, die von den sogenannten Kontrollstationen an der russischen Grenze (Wajahren, Gydtschnen, Trosten, Flowo und Otiloschin) nach Antwerpen oder Rotterdam reisen wollen, soweit sie schon von Amerika aus mit Schiffskarten für diese Häfen versehen sind, Eisenbahn-Fahrskarten über Rußland nach den Einschiffungshäfen verabsichtigt werden, und daß sie in besonderen Abtheilungen, statt in besonderen Wagen befördert werden können. Es findet dann eine ärztliche Kontrolle der Durchwanderer in Hannover oder Oberhausen statt. Die Kosten hierfür sowie alle anderen Ankosten, die den Gemeinden- oder Armenverbänden durch ihre Verpflegung, Unterhust oder Behandlung erwachsen, werden solidarisch vom Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie getragen.

Rektor Schmolzer gegen das Faulenzen. Bei den gestern von ihm vollzogenen Immatriculationen richtete Professor Schmolzer unter anderem folgende Worte an die Studenten: „Sie werden an die Universität nur dann erst mit ungetrübter Freude zurückdenken, wenn Sie Ihre Aufgabe darin erblicken, nicht Kollegen zu schwätzen und zu faulenzeln, sondern ernst und tüchtig zu arbeiten. Bei einem unthätigen Gemüthsleben aber würden Sie intellektuell und moralisch Schaden leiden!“

Der aus dem Tausch-Prozess her bekannte Max Gindold-Stück, der nach Beendigung des Prozesses den Staub von seinen Füßen schüttelte und sich nach Amerika begab, ist, wie von einer hiesigen Korrespondenz berichtet wird, wieder sammt seiner Frau in Berlin eingetroffen. Seine Frau hat sofort in einem Krankenhaus Aufnahme gefunden.

Der Nebel, der gestern bis in die Vormittagsstunden hinein über Berlin lagerte, hat zu mehreren Unglücksfällen Veranlassung gegeben. Auf der Charlottenburger Chaussee fuhr ein Möbelwagen in den Straßengraben. Der Arbeiter Paul Irmer wurde dabei vom Kopf geschleudert und mit dem Kopf so heftig gegen einen Baumstumpf geworfen, daß er eine blutige Kopfverletzung davontrug. In der Chausseestraße kam ein Radfahrer, als er einer zu spät bemerkten Droschke ausweichen wollte, so unglücklich zu Fall, daß er sich außer einem schweren Armbruch noch einen Bruch des Schlüsselbeins zuzog.

Auch eine Großstadt-Tragödie. Den Tod eines Kindes hat der Raubbrand am Alexander-Ufer, von dem wir gestern berichteten, im Gefolge gehabt. Ein Knabe, der auf dem Raub übernachtete, ist mit Brandwunden in ein Krankenhaus gebracht worden. Gegen ihn lenkte sich der Verdacht, bei der vermuteten Brandstiftung theilhaftig zu sein. Bei den Ermittlungen, die deshalb nach seiner Persönlichkeit angestellt wurden, erwies sich der Name Seeger als falsch. Es hat sich nun herausgestellt, daß er Seeliger heißt, Stiefsohn eines Arbeiters aus der Roskoderstraße 44 und erst 11 Jahre alt ist. Der Knabe, der sich schon lange Zeit herumtrieb, ist gestern Abend gestorben. Unterhust und ausgemüht wurde das Wagabundiren des Jungen durch eine Wittwe W. aus der Birkenstraße, die selbst sechs Kinder hat, von denen sich einige im Wasserbause befinden. Frau W. nahm den Jungen selt bei sich auf, beutete ihn aber dafür aus, indem sie ihn nachts mit Wachsbrennern und Streichhölzern auf den Handel schickte. Die Verurtheilung der Mutter und des Stiefvaters, den Sohn aus der Umgebung der Frau W. herauszubringen, scheiterten an dem Widerstande dieser und einiger Männer, die zu

ihren Beziehungen stehen. Die Mutter des S. wurde bei solchen Versuchungen mehr als einmal bedroht.

Absturz. Auf dem Grundstück Werkstraße 18 wurde gestern Morgen der obdachlose Arbeiter Karl Strebelow in einem Lichtschacht liegend mit schweren Verletzungen am Kopf aufgefunden und nach der Charitee geschafft, wo er bald darauf starb. Er hat anscheinend aus dem Fenster in das gegenüberliegende Schlafzimmer der Gesellen eines Schneidermeisters, wo er häufiger zu nächtigen pflegte, steigen wollen und ist dabei etwa 4 Meter tief in den Lichtschacht gestürzt. — Nachmittags fiel der fünfjährige Sohn des Barbiers Kluge aus dem Fenster der im 3. Stock des Hauses Langestr. 107 belegenen Wohnung der Händlerin Stephani, mit deren Sohn er auf dem Fensterbrett gespielt hatte, auf den Hof hinab und trug schwere Verletzungen, darunter einen Bruch des Unterkiefers, davon. Durch einen Leichenwagen sehr geworden, gingen vorgestern Nachmittag die Pferde eines Kolliwagens in der Neanderstraße durch und rasten in vollem Galopp nach der Brückenstraße zu. Auf dem Kreuzungspunkt dieser beiden Straßen fiel der Schuhmann Wollney dem linken Pferd in die Fügel, wurde eine Strecke mitgeschleift und kam zu Fall, wobei er eine Quetschung des linken Unterschenkels erlitt. Der Kutscher Harstel wurde vom Wagen geschleudert und durch den Sturz am linken Unterschenkel gequetscht. Vor dem Hause Brückenstr. 1 kam das Fuhrwerk durch den Zusammenstoß mit einer Droschke sowie einem Handwagen zum Stehen.

Die Erbschaft der ermordeten „Gips-Schulken“ wird voraussichtlich zu einem schwierigen Rechtsstreit Veranlassung geben. Frau Schulze und ihre Tochter hatten sich in ihrem Testament gegenseitig zu Universalerbinnen eingesetzt, die Tochter aber ihre Blutsverwandten außer der Mutter noch ausdrücklich ausgeschlossen. Für den Fall nun, daß Frau Schulze zuerst gestorben wäre, würden hiernach keine erbberechtigten Verwandten da sein und die Erbschaft dem Fiskus zufallen. Dieser hat denn auch den ganzen Nachlaß vorläufig beschlagnahmt. Die Verwandten der Ermordeten wollen sich damit jedoch nicht zufrieden geben, sondern ihre Ansprüche auf dem Rechtswege geltend machen. Sie gehen davon aus, daß ebenso gut die Tochter zuerst ermordet worden sein kann. Vorläufig läßt sich natürlich darüber nichts feststellen; die Möglichkeit ist aber nicht ausgeschlossen, daß diese Feststellung immer noch erfolgen kann. Der einzige, der Auskunft geben kann, ist der Mörder Goenji, der möglicherweise doch noch ergriffen wird.

Vom Bagger gefallen und ertrunken ist am Montag Morgen der 45 Jahre alte Maschinist Vincenz Terzhinski aus der Reichsbergerstr. 115. Terzhinski war auf einem Bagger beschäftigt, der seit einiger Zeit gegenüber dem Grundstück Stralauer Allee 8 liegt. Er allein ging jeden Abend nach Hause, während die übrige Mannschaft auf dem Bagger übernachtete. Vorgestern Morgen kam er wie immer um 5 1/2 Uhr, um seinen Dienst anzutreten, und weckte die noch schlafende Mannschaft zur Arbeit. Eine Stunde später vermißte man den Maschinisten. Nichts Gutes ahnend, suchten die Mannschaften sofort das Wasser ab und fanden denn auch bald den Verschwindenden neben dem Bagger als Leiche in der Spree liegen.

Die Undapetter Orpheum-Gesellschaft, deren wir bereits bei ihrem debut in Reichshallen-Theater gedachten, ist jetzt ins Grand Hotel Alexanderplatz eingezogen. Gleichzeitig hat sie dem Publikum zwei neue Poffen vorgeführt. Beide Stücke „Madame Lemonie“ und „Fische Geister“ sind Improvisationen, die auf höhere dramatische Bedeutung natürlich keinen Anspruch machen. Sie zeichnen sich aus durch eine drohlige Situationskomik, die allerdings nur wirksam ist, wenn sie von besonders eingeschulten Kräften ausgeht. Die Künstler der Orpheum-Gesellschaft sind nun in allen Sätteln gerecht; sie wissen in gleicher Belegenheit die mannigfachen Volkstypen Oesterreichs zu kopieren. Der jüdische Schnorrer wird mit ebenso glaubwürdiger Komik dargestellt, wie der bärbeißige Offizier und der Bruder Böhm in seinen mehr oder minder anheimelnden Eigenarten; ja selbst ein Berliner Hausknecht alten Schlags giebt in unheimlicher Naturtreue seine Kalauer zum besten. Wohl der bedeutendste Charakterkomiker der Truppe ist Herr Eisenbach, ein Künstler, der sich getrost zu den besten seiner Art zählen darf; ihm schließen sich die Herren Bauer, Dackel, Kolt und Hornau, sowie die Damen Georgette, Hornau, Gressin und Eisenbach zu einem prächtigen Ensemble an. Wer Lust hat, sich an leichter, und trotz der Keinen in ihr verstreuten Pikanterien harmloser Komik zu erfreuen, wird bei der Orpheum-Gesellschaft seine Rechnung finden.

In der Angelegenheit der weiteren Verpachtung des Theaters Unter den Linden ist die Entscheidung gefallen. Danach wird Herr Direktor Richard Schulz (zur Zeit noch Direktor des Zentral-Theaters) resp. das von ihm vertretene Finanz-Konjortium vom 1. August 1898 Pächter des Theaters Unter den Linden, welches mit dem Beginn der Saison 1898-99 unter der Leitung des Direktors Schulz als Metropoli-Theater neu eröfnet wird. Das Theater, alle Räumlichkeiten, also Säle und Solons mit einbegriffen, werden einer durchgreifenden Renovation unterzogen. Der Umbau der Bühne ist zur Bedingung gemacht. Der Vertrag lautet auf fünf Jahre mit dem Rechte fünfjähriger Option von seiten der Pächter. Die bekannteren Kräfte des bisherigen Ensembles des Zentral-Theaters werden ihrem Direktor nach dem neuen Danke folgen.

Die Direktion der Projektions-Vorträge über Kunst und Kultur (Dr. Köppen und Dr. Stockner) theilt uns mit, daß heute Abend 8 Uhr im alten Urania-Theater, Invalidenstr. 26, der angekündigte Vortrag: „Benedig und seine Kunstschätze“ von Prof. Dr. Max Schmidt-Nachn, gesprochen von Herrn Dittich v. Hanstein, gehalten wird. Der Vortrag wird durch künstlerisch angeführte, farbige Glasbilder, erläutert.

Das norddeutsche Tiefland war das Thema des Projektions-Vortrages, den Herr Dr. Schwabn dieser Tage in der Urania hielt. Es hatte sich nur ein wenig zahlreiches Publikum eingefunden, was wohl hauptsächlich an den hohen Eintrittspreisen liegt. Die Verwaltung sollte sich entschließen, den Eintrittspreis für Projektionsvorträge auf 50 Pf. herabzusetzen; sie und das Publikum würden sich entschieden besser dabei stehen.

Der Vortrag selbst trug leider nicht das Gepräge einer populären, gemeinverständlichen Darlegung. Wenn er als ein einheitliches Ganze verständlich sein sollte, so wäre es unbedingt notwendig gewesen, über die Wirkungsweise der Kräfte, die die Oberfläche der Erde im allgemeinen und die des norddeutschen Tieflandes im besonderen gestalten, am Anfang einige erklärende Worte beizubringen; es hätte sich dann noch Gelegenheit geboten, kurz auf die verschiedenen Formationen der Erde hinzuweisen. Statt dessen war sofort vom Diluvium und Alluvium die Rede, und im Laufe des Vortrages wurden Gesteinsbildungen aus anderen Formationen, z. B. aus dem Silur, erwähnt, wobei der Vortragende als selbstverständlich voraussetzte, daß jeder Hörer wußte, wovon die Rede war. Sicherlich ist das vielfach nicht der Fall gewesen, da geologische Kenntnisse leider noch sehr wenig verbreitet sind.

Dem mit einigen Vorkenntnissen Ausgerüsteten war der Vortrag allerdings verständlich und zeigte ihn durch eine Reihe guter Projektionsbilder, daß die Oberfläche unseres norddeutschen Tieflandes ihre gegenwärtige Gestaltung im wesentlichen durch die Wirkung einer sich über sie hin erstreckenden Vereisung erhalten hat. Von Schweden und Norwegen aus erstreckten sich kolossale Gletscher über die Dänie und über unser ganzes Tiefland, in ihrem Strom vielfach Felsblöcke aus ihrer skandinavischen Heimath mit sich führend, die man heute in unserer Tiefebene an den verschiedensten Stellen als sog. Findlinge oder Wanderblöcke zerstreut vorfindet; die im Berliner Lustgarten vor dem Museum aufgestellte große Schale ist z. B. aus einem solchen Blöcke gearbeitet. Nach dem Zurückweichen der Gletscher entstand ein pflanzliches und thierisches Leben, das wir aus seinen Ueberresten ziemlich gut zu rekonstruiren im stande sind, die betreffenden Bildungen, z. B. das riesige Mammut, ein mächtiges, mit

Table with 5 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter. Lists weather conditions for various cities like Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 20. Oktober 1897. Ein wenig kühler, ziemlich trübe und neblig bei schwachen südwestlichen Winden; keine erhebliche Niederschläge.

Plieberduft, Friedenstr. 74 bei Schmidt. Reichshallen-Theater, Leipzigerstr. 77. Die größte Zensur dieser Saison!

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr statt.

Madjadret, Verein vom 1. und 16. im Monat, Reichstr. 9 (Wohnort: Kumburg). Vereinigung der Turnfreunde von 18-16 Uhr abends.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 20. Oktober. Opernhaus, Lohengrin. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus, König Lear.

Schiller-Theater

Mittwoch, abends 8 Uhr: Das Stürkere. Donnerstag, abends 8 Uhr: Madame Bonnard.

Luisen-Theater

34. Reichsbergerstraße 34. Abends 8 Uhr: Kabale und Liebe.

Der große Wohlthäter.

Sollst du mit Gehirg in 6 Bildern von G. Witten. Musik von R. Biol.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30. Direktion Richard Schultze. Mittwoch, den 20. Oktober 1897: Emil Thomas a. G.

Berliner Fahrten.

Beste und billigste Spass mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannhaldt.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132, Dir. G. Weich. Zum 5. Male: Die Geisterglocke.

Circus Busch

(Bahnhof-Büro). Mittwoch, den 20. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr: Sports-Abend.

Wedding-Park

N., Müllersstr. 178. Jeden Mittwoch: Norddeutsche Sänger.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Urania

Taubenstrasse 48-49. Naturkundl. Anstalt täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab.

Venedig

Mittw. Venedig 8 Uhr und seine Kunstschätze.

Passage-Panopticon

Nur noch kurze Zeit! Indisches Dorf mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt.

Castan's Panopticon

Friedrichstr. 165. Bärenweib die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahres.

Chalia-Theater

Mittwoch, den 20. Oktober 1897. Zum 5. Male: Hôtel Tohu-Bohu.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218, Dir. J. Glück. Erna Koschel. Mr. Brown. Miss Marie Halton.

Mr. Rodo Leo Rapoli

Dagmar Hansen. Neun Heintzelmännchen. Flip, Flap, Flop!

Kinetograph

Große Panopticon, angebracht von der Joseph Phoites-Trope.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Wedding-Park

N., Müllersstr. 178. Jeden Mittwoch: Norddeutsche Sänger.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Wedding-Park

N., Müllersstr. 178. Jeden Mittwoch: Norddeutsche Sänger.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Wedding-Park

N., Müllersstr. 178. Jeden Mittwoch: Norddeutsche Sänger.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Volks-Theater

Im Welt-Restaurant. 97. Dresdener-Strasse 97. Die Reizenburg.

Schreien hilft nicht

die Erfolge beweisen! Reichthum an künstlerischer Thätigkeit.

Budapester

Possen- u. Operetten-Theater. Direktion Gebrüder Herrnsfeld.

Kaufmann's Variété

Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden Zug- u. Kassenstücke.

Im Atelier

Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld.

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24. Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Wer ist der Vater?

Bestes mit Gefang u. Tanz. Vom Circus. Schwant.

American-Theater

Dresdenerstr. 55. Mittwoch, den 20. Oktober 1897: Solofolter Erfolg!

Der Traum von Vahrenth.

Barod. Traumbild. Hugo Schütz als Traumw. Wally Zwickler, Genetrix-Soubrette.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22. Größt. Vergnügungslokal Berlins. Direktion: Winkler und Fröbel.

Richard Winkler

und Wilhelm Fröbel in der Berliner Gesangs-Passe: 'Ne wilde Esche'.

Konzerthaus Sanssouci

Rottensir. 4a. Dir. G. Vicery. Kritischer Vortr. Jos. Schinger.

Richard Winkler

und Wilhelm Fröbel in der Berliner Gesangs-Passe: 'Ne wilde Esche'.

Konzerthaus Sanssouci

Rottensir. 4a. Dir. G. Vicery. Kritischer Vortr. Jos. Schinger.

Richard Winkler

und Wilhelm Fröbel in der Berliner Gesangs-Passe: 'Ne wilde Esche'.

Konzerthaus Sanssouci

Rottensir. 4a. Dir. G. Vicery. Kritischer Vortr. Jos. Schinger.

Reichshallen-Theater

Leipzigerstrasse 77. Die größte Zensur dieser Saison!

Das kommende Räthsel?

ist an de sible! Ferner das auf der Höhe der Zeit stehende Programm mit 24 Novitäten-Nummern.

Im Parterre-Saal

Donnerstag, den 21. Oktober: Militär-Graf-Konzert.

Louis Keller's Festsäle

Koppenstr. 29. Größtes und schönstes Gastlokal der Reichsh.

Grosse Soirée der Norddeutschen Sänger

Steinweg, Gahndich, Zimmermann, Heising, Stobbe, Stangenberg und Fried.

Familienkränzchen

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nächste Soirée: Sonntag, 24. Oktbr.

Mundt's Saal

Inh.: Ernst Gründer. Köpenickerstr. 100. Fernsprecher Amt VII 39.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft

„Nordsee“ Aktien-Kapital M. 3 000 000. 23 eigene Fischdampfer.

Tagesverbrauch ca. 1000 Centner. Wir haben in Berlin im Bahnhof „Börse“ Bogen 9/10 eine Verkaufsstelle errichtet.

Für heute und die nächste Woche verkaufen wir: Schellfisch 10-30 Pf. pr. Pfd.

Cabliau 15-25 „ „ Seehecht 20-25 „ „ Seelachs 20-30 „ „ Schollen 15-30 „ „ Rothzunge 25-30 „ „ Knurrhahn 15-20 „ „

Delikatess-Schellfisch (gebraten und marinirt) in Blechdosen (17 Pfd.) à 3,50, kleinere (8 Pfd.) 1,75.

Geräucherte Flundern, Schellfisch, Seelachs, See-Aal täglich frisch.

Seefisch ist das billigste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend.

Alcazar

Variété-Theater I. Rang. Dresdenerstr. 62/63 (City-Passage).

Der Herzverführer

Große Aufführung-Operette in 1 Akt von Leop. Op. Musik von Polländer.

W. Noack's Theater

Braunen-Strasse 10. Wegen Privat-Festlichkeit keine Vorstellung.

Saal frei

für Vereins-Festlichkeiten Bergstrasse 12.

Achtung! 4 Säle

zu Versammlungen und Vereins-Festlichkeiten.

27. November

sofort gratis zu vergeben. Nieff's Festsäle, Webersir. 17.

Jede Dame spart Geld

beim Einkauf von Damemänteln, Winterjackets, hochleg. Modelle in Kragen, Capes, Stickerien auf Seidenplüsch.

Graefe's Fleckwasser

Beseitigt jeden Fleck, ohne den Stoff anzugreifen. 2 Flasche 20 Pf. Droguerie Steinfelderstr. 63, M. Graefe.

Buchen- und Eichen-Abfall

die beste Ofenheizung - Holz, billiger wie Kohle - liefert W. Jonantz, Barndorferstr. 64.

Meine verehrten Gäste und Freunde

Lade zur Einweihung meines Volks-Dinner-Saals am 21. Oktober, zu einem gemütlichen Glas Bier ein.

Den Naturd. wird Du nicht los?

Russ's Kaffee, das hilft famos! Wilhelm Möbel (pottdillig veränflich) Rosenhallerstr. 41111.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
 Heute, Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn,
 Beuthstraße Nr. 20/21:

Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche
 Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
 1. Die Aufnahme einer Statistik in unserem Gewerbe und der
 Werth einer solchen. Referent: Kollege Kanze. 2. Der Kampf der
 englischen Maschinenbauer um den Achtstundentag. — Bericht
 freis und Differenzen. — Verbandsangelegenheiten.
 Die Kollegen werden ersucht, darauf hinzuwirken, daß
 jede Vertretung einen Vertrauensmann entsendet.
 Um pünktliches Erscheinen ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 21. Oktober 1897, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

Holzarbeiter Berlins
 im Lokal von Jöhl, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:
 Die Arbeitsniederlegung in der Möbelfabrik von Eberhardt, Michael-
 brücke 1.
 Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann.
 Freiwillige Sammlungen für die englischen Maschinenarbeiter:
 Bericht Vorzug u. Hartmann, Oranienstr. 43, 10. — Bericht
 Fährdrich, Schönhauser Allee 141, 5.25. Möbelmachererei Schulz
 u. Michellig, Al. Andreasstr. 11, 4.25 Fort, Kretschma u. Co.,
 Barnimstr. 13, 19.40.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Achtung!

Vertrauensmänner für den Süden.
 Die heute fällige Konferenz für den Süden fällt wegen der
 beiden öffentlichen Versammlungen aus; wir ersuchen die Ver-
 treuungsleute, recht rege für den Besuch dieser Versammlungen Sorge
 zu tragen.

Donnerstag, den 21. Oktober 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale
 von Feuerstein, Alte Jatostr. 75:

Branchenversammlung

Banklempner, Rohrleger und Gehilfen.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Georg Wagner über: Der inter-
 nationale Arbeiterkongress in Zürich. 2. Diskussion. 3. Verbands-
 Angelegenheiten und Verschiedenes.
 Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Chirurgische Branche.

Donnerstag, den 21. Oktober 1897, abends 8 1/2 Uhr:
 Oeffentliche Versammlung
 aller in der chirurgischen Branche beschäft. Berufsgenossen
 bei Gröndel, Brunnenstraße Nr. 188.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn H. Grompe (Ingenieur). 2. Bericht des
 Vertrauensmannes sowie des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission.
 3. Neuwahl des Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
 Der Vertrauensmann.

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin u. Umgegend (E. H. No. 118).
 Sonntag, den 24. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Lokale
 des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c (oberer Saal):

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung des Kassiers vom III. Quartal 1897 sowie Revision-
 bericht. 2. Berichterstattung des Bevollmächtigten und Ergänzungsmannes für
 Unfälle und Krankheitsfälle. 3. Wie stellt sich die außerordentliche
 Generalversammlung zu § 28 Abs. 3 des Statuts Uebergangsbestimmungen.
 4. Weitere Kassengelegenheiten.
 Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ersucht ich die Mitglieder,
 pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt.
 Der Vorstand. J. A.: Heinrich Regge, Eberswalderstr. 10.

Metallarbeiter!

Mittwoch, 20. Oktober, abends 8 Uhr:

Zwei grosse

öffentliche Versammlungen

1. im „Kösliner Hof“, Köslinerstr. 8,
2. im Konzerthaus „Sansonci“, Kottbuserstr. 4a.

Der Niesenkampf der englischen Maschinenbauer um den Achtstundentag.
 Da in diesen Versammlungen wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, so ist zahlreicher Besuch notwendig.
 Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter: Otto Raether, N., Kankamerstr. 44 168/20

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
 Gr. öffentl. Maurerverammlung
 im Lokale des Herrn Cohn, Beuthstraße Nr. 21.

Tages-Ordnung:
 1. Situationsbericht. 2. Schuldiskussion über die Abrechnung.
 Der Wichtigkeit der Tagesordnung gemäÙ ist jeder Kollege verpflichtet,
 diese Versammlung zu besuchen.
 Die Lohnkommission.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths General-Versammlung

am Freitag, den 22. Oktober 1897, nachmittags 5 Uhr, im Lokale
 des Kollegen Fischer, Beuthstraße Nr. 9.
 Tages-Ordnung:
 1. Kasbericht und Bericht der Rechtschutz-Kommission. 2. Erfahrung
 des Vorstandes und der Rechtschutz-Kommission. 3. Aufnahme neuer Mit-
 glieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
 Der Vorstand. J. A.: Ferdinand Ewald.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

Compl. Wohnungs-Einrichtungen.
 Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.
 Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
 Verkauf frisch gef. schw. perl. und finn. Fleisches.
 Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf an.
 Schweinefleisch 40 Pf. (2005 L.)
 Verwaltung der Kochanstalt Stadt, Schlachthof

Möbel-Tischlerei und Lager

empfeht in jeder Holz- und Stilart, vom einfachen bis zu dem
 elegantesten, zu den billigsten Fabrikpreisen
 Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
 Zu erreichen mit allen Pferdebahnhöfen nach dem Kottbuser Thor. (2357 C.)

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und aus-
 ländischen Stoffen für Paletots,
 Anzüge, Beinkleider etc. werden
 unter Garantie des guten Sitzes
 zu überaus billigen Preisen
 schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft
 bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Steppdecken-Fabrik

Berlin C., Wallstr. 72.
 Vorzögl. Handarbeit; sammt billig.
 Alle Decken werden aufgearbeitet.

Verpackung frei!
Große Betten 12 Mt.
 Deckbett, Unterbett, 2 Kissen, mit
 neuen, gereinigten Federn, bessere
 15 u. 18 Mt., 1 1/2schläfrige 16,50,
 20, 24 Mt. mit guten Federn.
 Gutes Dannerbett nur 27 Mt.
 empfiehlt und verleiht unter
 Nachnahme die Bettfedern- und
 Bettensabrik von
D. Feibel,
 Berlin N., (3181 L.)
 Chausseestr. 111.
 Preislisten frei!

Charlottenburg, Spreestr. 24, sind
 getragene Stiefel billig zu haben.

Zur Nachricht, daß unser Kollege

Johann Dirre
 am 17. Oktober verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch,
 3 Uhr, vom Trauerhause, Reimden-
 dorferstraße 18b, aus statt. 207/11
 Um zahlreiche Theilnahme bittet
 Der Vertrauensmann
 der Steinarbeiter Berlin u. Umg.

Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme bei
 der Beerdigung meines lieben Vaters,
 unseres guten Vaters, des Tischlers
August Zeh
 sagen wir hierdurch allen Theilnehmern,
 sowie der Firma Ernst Wagner und
 dem Männer-Gesangsverein „Walde-
 grün“ unseren innigsten Dank.
 1821b) Fried. Zeh und Kinder.

Danksagung.

Hiermit sagen wir allen Freunden,
 Bekannten und Verwandten, sowie den
 Kollegen der Firma May u. Co., ins-
 besondere dem Gesangsverein für die
 rege Theilnahme bei der Beerdigung
 unseres lieben Vaters, des Tischlers
Julius Pfeil
 unseren herzlichsten Dank. (1320b)
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung gegen Hof Below
 nehme hiermit zur. (1321b)
 Gustav Gene.

Destillation

mit Verein, Umgegend, billig zu verk.
 Näheres bei Herrsch. Produzenthandel,
 Weidemann 9. (1319b)
 Freundl. Schatzkasselle bei Ködowoh,
 Kleine Frankfurterstr. 10. (1325b)

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung! Holzarbeiter!

In der Möbelfabrik von
Eberhardt, Michaelbrücke 1,
 Komptoir Holzmarktstr. 21, haben
 65 Tischler, 5 Drechsler und 25 Polster
 Differenzen wegen die Arbeit nieder-
 gelegt. **Zuzug ist fernzuhalten.**

In Spanbau im Baugeschäft von
**Gebrüder Reineke, Dicksel-
 dorferstraße 12,** sind unter den Tischlern
 gleichfalls Differenzen ausgebrochen.
 Zuzug ist vorläufig fernzuhalten.

Arbeitsnachweis des Verband. deutscher Gold- und Silberarbeiter.

Holzmarktstrasse No. 8,
 sucht sofort 2 tücht. **Beitenderbeiter**
 für außerhalb der hohen Arbeit und
 dauernder Arbeit, 1 tüchtigen Ring-
 macher, 1 tüchtigen Kettenmacher
 für Berlin. 72/8

Arbeiter mit großem Bekanntheitskreis
 werden behufs Einführung einer
 neuen Versicherungskasse um Angabe
 der Adressen gebeten. Offerten unter
 W. 3 nimmt die Erped. entgegen!

Schirmnäherin verlangt
 1318b) **Schirmfabrik Wallstr. 11.**
Büglern verl. Schmidt, Kirchof,
 Reuterstr. 68. (1326b)

Gesucht

3-4 tüchtige Tischler, Spezialität
 in engl. Sack-Tafeln und Herren-
 Taschen, bei hohem Lohn dauernde
 Stellung, sofortiger Eintritt. (3378L.)
Strabel & Lubi,
 Reißerstraße 11, Dönhofs-Alteplatz.

Tüchtige Arbeiterinnen

auf Steppdecken, welche Posten liefern
 können, verlangt
M. Schmoller, Rosenstr. 18.
 Nähere Agenten für Feuer-Ver-
 sicherung werden für Berlin und
 Barorete freud gesucht. Es wird außer-
 gewöhnlich hohe Erwerbsspro. gewährt.
 Offerten sub **„Nebenverdienst“**
 an das Postamt 44 postlagernd.

Die neue Winter-Preisliste wird kostenfrei zugesandt. **Mittwoch, Donnerstag, Freitag** **Versand-Abteilung Berlin W. Leipzigerstr. 111.**

Damen-Handschuhe Wolle 25 Pf., Tricot, gemustert, einfarb u. schwarz 50 Pf., Ring-woods 55 Pf.

Regenschirme
 für Herren u. Damen,
 Gloria mit Futteral Halbseide mit Futteral
 2,10 2,80 4,90 Pf.
Kinderschirme, Zanella 1,20 Gloria 1,90 M.

Postkarten
 mit Ansichten nach Originalen von T. v. Eckenbrecher,
 10 verschiedene Karten von Berlin und Potsdam
 5 Karten sortiert 10 Pf.
Postkarten-Album
 mit elegantem Einband
 für 50 100 200 300 500 1000 Karten
 45 75 Pf. 1,10 1,90 3,85 6,30 Mk.

Damen-Lasting-Steppschuhe
 1,80 Mk.
Damen-Knopfstiefel
 Rossleder 5,25 und 5,50 Mk.
Damen-Lack-Salonschuh
 3,10 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Dabing in Berlin.